



Analytischer Bericht
der Gemeinderatssitzungen
Compte rendu analytique
des séances du conseil communal

No 5/2024

Sitzungen vom / Séance du 18.11.2024



TAGESORDNUNG

der Sitzung vom Montag, dem 18. November 2024

IN NICHTÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | | |
|------|---|-----|
| I. | Ersetzung eines Mitglieds der Kommission für interkulturelles Zusammenleben | 471 |
| II. | Personalangelegenheiten der Zivilhospize | 471 |
| III. | Personalangelegenheiten der Stadt Luxemburg | 471 |

IN ÖFFENTLICHER SITZUNG

- | | | |
|------|---|-----|
| IV. | Fragen der Gemeinderäte | 471 |
| | 1) Dringliche Frage von Rätin Gaasch zu einem Fall von Wasserverschmutzung und einer Rechnung an das Syndikat Minettkompost | 471 |
| | 2) Frage von Rat Benoy bezüglich des multifunktionalen Platzes neben dem Stadion von Luxemburg | 471 |
| | 3) Dringliche Frage von Rat Benoy bezüglich der Verpflichtung zur Vermietung von Ständen auf dem Weihnachtsmarkt | 472 |
| | 4) Dringliche Frage von Rätin Gaasch zur geplanten Fällung eines 100 Jahre alten Baumes in der Rue Godchaux am Ort genannt Schläifmillen (Hamm) | 472 |
| V. | Verkehr | 473 |
| VI. | Konventionen | 473 |
| VII. | Kostenvoranschläge | 475 |
| | 1) Umsetzungsprojekt betr. die Renovierung und den Umbau der Kinemathek | 475 |
| | 2) Renovierung des großen Auditoriums des Konservatoriums | 479 |
| | 3) Infrastrukturarbeiten in den Straßen Rue Albert Calmes, Rue Nicolas Margue, Rue Nicolas Majerus, Rue Alphonse Rupprecht und Rue de Trèves | 481 |
| | 4) Neugestaltung der Rue Jean-François Gangler, der Rue Nicolas Martha und der Place Jeanne d'Arc | 481 |

VIII. Urbanismus	482
1) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Dernier Sol“	482
2) Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans bezüglich des Stade Prince Jean	483
3) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE bezüglich des Stade Prince Jean	483
4) Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans bezüglich des Val des Bons Malades	483
5) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE bezüglich des Val des Bons-Malades	483
6) Einstufung des Gebäudes Nr. 1, Rue d'Épernay als nationales Kulturerbe	484
7) Neuordnung von Bauland	484
IX. Definitive Schulorganisation 2024/2025 des Konservatoriums	484
X. Außerordentliche Subsidien	486
XI. Motion für eine wirksame Verkehrsberuhigung vor den Schulen (Abstimmung)	487
XII. Motion für die Umsetzung des Projektes « Future Generation » von <i>Youth and Work</i> in der Stadt Luxemburg (Vorstellung)	490
XIII. Forstbewirtschaftungsplan für den Wald der Zivilhospize	491
XIV. Sozialamt: Schaffung eines Postens	491
XV. Gerichtsangelegenheiten	491
XVI. Schaffung / Streichung von Posten	494

Zum Livestream-Archiv
der Sitzungen des
Gemeinderates:



Bürgermeisterin Lydie POLFER leitet die Sitzung. Der Namensaufruf ergibt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates.

In nichtöffentlicher Sitzung

I. ERSETZUNG EINES MITGLIEDS DER KOMMISSION FÜR INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN

II. PERSONALANGELEGENHEITEN DER ZIVILHOSPITZE

III. PERSONALANGELEGENHEITEN DER STADT LUXEMBURG

In öffentlicher Sitzung

IV. FRAGEN DER GEMEINDERÄTE

1) Dringliche Frage von Rätin Gaasch zu einem Fall von Wasserverschmutzung und einer Rechnung an das Syndikat Minettkompost

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Bei der Beantragung der Genehmigung für die Erweiterung der Anlage des Syndikats Minettkompost, in dem die Stadt Luxemburg Mitglied ist, wurde festgestellt, dass verschmutztes Wasser, das auf eine Menge zwischen 20.000 und 55.000 Einwohnergleichwerten geschätzt wird, unerlaubt in die Kanalisation von Monnerich und von dort in die Kläranlage von Schifflingen fließen gelassen wurde. Ein Teil dieses Wassers, das nicht in einem Regenrückhaltebecken zurückgehalten werden konnte, wurde in einen Wasserlauf geleitet und verunreinigte diesen. Aus diesen Gründen beschloss das SIVEC (*Syndicat intercommunal à vocation écologique*), dem Syndikat Minettkompost eine Rechnung über mehr als 1,4 Millionen Euro pro Jahr für die nächsten drei Jahre zu schicken.

- Was sind die ökologischen Folgen dieser Situation?
- Was wird unternommen, um diese Situation zu beheben? Innerhalb welcher Fristen?
- War die Situation sowie die fehlende Genehmigung zum Zeitpunkt des Beitritts der Stadt Luxemburg zu Minettkompost bekannt?
- Welche finanziellen Folgen hat die Entscheidung des SIVEC für die Stadt Luxemburg?
- Gibt es Auswirkungen auf die zukünftigen Projekte von Minettkompost und die Zusammenarbeit der Stadt Luxemburg mit Minettkompost?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Rätin Gaasch hatte diese Frage vor einem Monat gestellt. Vergangene Woche wurde im Rahmen einer Vorstandssitzung von Minettkompost über dieses Thema gesprochen. Unter anderem war auch Rätin Gaasch als Vertreterin der Stadt Luxemburg dabei anwesend, doch werden wir selbstverständlich auch im Gemeinderat die nötigen Antworten liefern.

Weil das Presswasser über den Kollektor in Monnerich direkt zur Kläranlage geleitet wird, gab es laut Minettkompost keine ökologischen Folgen. Diese Situation besteht seit den 1990er Jahren. 2003 wurde eine Genehmigung des Wasserwirtschaftsams ts erteilt. 2008 kam ein neues Gesetz. Hätte dieses schon vorher bestanden, wäre man nicht konform gewesen. Im Jahr 2013 hat Minettkompost die Methanisationsanlage in Betrieb genommen, die ebenfalls genehmigt wurde. Erst vor ein paar Jahren, vor der Covid-Pandemie, haben die Diskussionen begonnen, ob die Vorgehensweise richtig war. Nach der Pandemie sagte der SIVEC, es müsse eine Lösung gefunden werden für das Presswasser und der finanzielle Beitrag von Minettkompost müsse an die korrekte Einwohnerzahl angepasst werden. Ab dem Jahr 2025 - es handelt sich nicht um eine Strafe und die Zahlung erfolgt auch nicht retroaktiv - wird Minettkompost jährlich 1,4 Millionen Euro an das SIVEC bezahlen. Davon zahlt die Stadt Luxemburg jährlich rund 200.000 Euro. Die meisten Gemeinden sind sowohl Mitglied des SIVEC als auch von Minettkompost und erhalten auf diesem Weg einen Teil des Geldes zurück, was aber für die Stadt Luxemburg und weitere Gemeinden aber nicht zutrifft, da sie nicht Mitglied des SIVEC sind. Man hat sich darauf geeinigt, 25.000 Einwohnergleichwerte als Berechnungsgrundlage zu nehmen.

Das Problem ist dadurch entstanden, dass der Kollektor seit langer Zeit unterdimensioniert ist. Wenn es viel regnet, läuft das Becken irgendwann über. Das Wasser stammt nicht nur von Minettkompost, sondern auch von den betreffenden Gemeinden, von denen viele kein separates Regen- und Schmutzwassernetz haben. Eine Lösung wurde ausgearbeitet. Dabei soll das Presswasser als Dünger in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Dies setzt den Bau von Lagertanks voraus, weil das Presswasser nur während der Vegetationsphase, d.h. wenn das Düngen erlaubt ist, auf den Feldern ausgebracht werden kann. Das Genehmigungsdossier wird demnächst beim Wasserwirtschaftsamt eingereicht. Sobald die Genehmigung vorliegt, kann der Bau der Lagertanks beginnen. Innerhalb von drei Jahren sollte das Projekt dann umgesetzt werden können.

2) Frage von Rat Benoy bezüglich des multifunktionalen Platzes neben dem Stadion von Luxemburg

Rat François BENOY (déi gréng): Vor drei Jahren wurde das *Stade de Luxembourg* eingeweiht. Neben dem Stadion gibt es einen Parkplatz, der als multifunktionaler Platz für größere Veranstaltungen genutzt werden kann. Meines Wissens wurde dieser Platz jedoch bislang immer nur als Parkplatz genutzt.

- Wurde dieser Platz jemals für Veranstaltungen genutzt? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
- Wie hoch waren die zusätzlichen Kosten für die Einrichtung dieses multifunktionalen Platzes (über den Parkplatz hinaus)?
- Warum macht der Schöffenrat angesichts der guten Lage dieses Platzes nicht mehr Werbung für diesen Ort? Welche Veranstaltungen werden für diesen Platz geeignet sein? Wie werden die Mietbedingungen aussehen?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: In der Tat kann der Parkplatz auch für Events mit bis zu 12.562 Personen (bzw. 2.400 Personen sitzend) genutzt werden. Es wurden bereits mehrere Events dort organisiert: der Start der *Tour de Luxembourg* 2022, das *Cerazit Festival Elsy Jacobs* (2023), die *Fête du vélo – Vélo pour tous / Be active night* (2021) sowie der *Spiridon Béschlaf*.

Die Zusatzkosten, um den Parkplatz als multifunktionellen Platz nutzen zu können, lagen laut abgeändertem Kostenvorschlag bei 1.890.594,29 €, wobei die definitive Abrechnung aber noch nicht erfolgt ist.

Dass bislang keine Konzerte oder andere Veranstaltungen dieser Art dort organisiert wurden, ist dadurch bedingt, dass nicht gleichzeitig Events auf dem Platz und im Stadion stattfinden dürfen, die Sportveranstaltungen (Fußball und Rugby) Priorität genießen und die Veranstaltungskalender der UEFA sowie der FIFA keine Planung auf längere Sicht ermöglichen.

Wir beabsichtigen jedoch, den Platz in den Monaten, in denen weniger Fußballspiele stattfinden (insbesondere im Winter), verstärkt für Events zu nutzen. Angedacht haben wir z.B., dass der Adventszirkus in Zukunft dort (statt auf dem Glacis) gastieren könnte. Im Hinblick darauf werden die technischen Infrastrukturen auf dem Platz neben dem Stadion verstärkt – was kein größerer Aufwand ist –, um zu gewährleisten, dass z.B. in puncto Beleuchtung und Beheizung alles glatt läuft.

3) Dringliche Frage von Rat Benoy bezüglich der Verpflichtung zur Vermietung von Ständen auf dem Weihnachtsmarkt

Rat François BENOY (déi gréng): Nach meinen Informationen wurden in diesem Jahr neben dem Standgeld von 1.500 € einige Aussteller der Kategorie der sogenannten *Camelots* ohne vorherige Information verpflichtet, ein Chalet der Stadt Luxemburg zum Preis von 1.000 € pro laufendem Meter zu mieten, um am Weihnachtsmarkt teilzunehmen und können nicht mehr ihr eigenes Chalet nutzen.

- Können Sie mir diese Information bestätigen?
- Warum dieser Schritt, der für die Betroffenen mit erheblichen Mehrkosten verbunden ist?
- Wie viele Aussteller sind von dieser Maßnahme betroffen?
- Hat es Stornierungen gegeben? Wenn ja, wie viele?
- Gibt es in diesem Jahr weitere Änderungen für die Aussteller?

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Ich bedauere, dass diese Frage unterschwellige Unterstellungen enthält und der Inhalt zu 99 Prozent falsch ist. Im Taxenreglement der Stadt Luxemburg, das auf der Internetseite www.vdl.lu für jeden zugänglich ist, ist nachzulesen, dass die Platzgebühr für den Weihnachtsmarkt nicht so hoch ist wie in der Frage von Rat Benoy angegeben, sondern bei ein paar hundert Euro liegt (für einen Stand von drei bzw. sechs Metern Länge).

Die Teilnehmer können sehr wohl ihre eigenen Stände benutzen, sofern diese dem Qualitätsanspruch der Stadt Luxemburg im Sinne eines schönen Weihnachtsmarktes im Herzen der Hauptstadt entsprechen. Seit einigen Jahren besteht die Situation, dass manche Teilnehmer keinen eigenen Stand besitzen. Die Stadt Luxemburg mietet deshalb Stände von drei bzw. sechs Metern an und vermietet diese zum gleichen Preis, den die Stadt Luxemburg bezahlt, an die Schausteller weiter. Das Gleiche gilt für die Dekoration. Die Miete liegt bei 1.150 Euro für einen Drei-Meter-Stand und bei 2.500 Euro für einen Sechs-Meter-Stand. Hinzu kommen 163,48 Euro pro laufendem Meter Dekoration.

Wer also einen Stand von sechs Metern Länge hat, zahlt einschließlich des Standgelds rund 4.000 Euro für die gesamte Dauer des Weihnachtsmarkts (über 40 Tage). Pro Tag liegt man somit also bei weniger als 100 Euro pro laufendem Meter

– und man braucht weder einen eigenen Stand, noch kein Personal zum Auf- und Abbau des Standes.

In diesem Jahr haben wir einen zusätzlichen Teilnehmer, der einen Stand bei der Stadt Luxemburg gemietet hat. Insgesamt sind es 13 Stände von 6 Metern Länge und 18 Stände von drei Metern Länge. Einem Teilnehmer hatten wir im Oktober 2023 gesagt, sein Stand sei eigentlich nicht mehr geeignet, doch er könne ihn noch einmal benutzen. Dieser Schausteller war in diesem Jahr gleich einverstanden, einen Stand bei der Stadt Luxemburg anzumieten, und er ist sehr zufrieden.

Ich wünsche allen Schaustellern viel Erfolg und den Besuchern der Weihnachtsmärkte, die bis zum 31. Dezember geöffnet haben werden, viel Freude und schöne Momente.

4) Dringliche Frage von Rätin Gaasch zur geplanten Fällung eines 100 Jahre alten Baumes in der Rue Godchaux am Ort genannt Schläifmillen (Hamm)

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Wir wurden von Bürgern darauf aufmerksam gemacht, dass im Rahmen der Bauarbeiten in der Rue Godchaux eine hundertjährige Douglasie, die von den Anwohnern sowie von Vögeln, Eichhörnchen und anderen Arten geschätzt wird, gefällt werden soll. Es stellt sich auch die Frage, ob andere Bäume in dieser Allee, insbesondere Kastanienbäume, ebenfalls bedroht sind.

In der Gemeinderatssitzung vom 12. Juli 2021 haben Sie, Frau Bürgermeisterin, sich in Ihrer Antwort auf eine Frage von Rätin Brömmel, die sich auf die alten Bäumen in der Nähe des Standorts 66, Rue de la Montagne in Hamm (zukünftiges Home der Pfadfindergruppe *Telstar*) und insbesondere auf eine Zeder an diesem Standort bezog, persönlich für die Rettung dieser Bäume ausgesprochen, indem Sie sagten: „Die Vielfalt in der Natur soll als Bereicherung angesehen werden.“

- Ist die Fällung dieser hundertjährigen Douglasie tatsächlich geplant? Wenn ja, im Rahmen welchen Projekts und warum?
- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Baum zu retten? Welche Alternativen wurden analysiert?
- Was ist mit den anderen Bäumen in dieser Allee? Werden Bäume gefällt, bzw. sind weitere Bäume von der Fällung bedroht? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Bäume in dieser Allee zu erhalten?
- Wie viele Bäume wurden letztendlich für den Bau des Pfadfinder-Homes gefällt?

Schöffin Simone BEISSEL: Ich kann Rätin Gaasch beruhigen, denn am 23. Oktober 2024, als ihm die Pläne für die bevorstehenden Arbeiten von der zuständigen Dienststelle vorgestellt wurden, beschloss der Schöffenrat sofort die Überarbeitung der Pläne, um die hundertjährige Douglasie, die sich in der Mitte der von den Arbeiten betroffenen Zone befindet, zu erhalten. Der Schöffenrat hat ein Herz für jeden Baum, der erhalten werden kann. Es geht also nun darum, den Baum zu erhalten, und es dennoch fertigzubringen, die wichtigen Kanalisationsinfrastrukturen an diesem Standort zu verlegen.

Im Umfeld des Scoutshomes wurden sechs Bäume gefällt. Zuvor waren umfangreiche Studien durchgeführt worden (eine Kartografie der Biotope, eine Studie über die Fauna und Flora, ein Ornithologie-Screening, eine Studie über die Fledermäuse), und die Stadt Luxemburg hat daraufhin die erforderliche Genehmigung der Umweltverwaltung erhalten. Die sechs Bäume, die nicht erhalten werden konnten, werden gemäß einem *Gentleman's agreement* so weit wie möglich vor Ort kompensiert, ansonsten über das Ökopunktesystem.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Ich hoffe, dass der Schöffenrat bei der Überarbeitung der Pläne dafür sorgen wird, dass gar keine Bäume weichen müssen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir haben ein großes Herz für alle Bereiche der Natur, ob es sich um Bäume, Tiere oder sauberes Wasser handelt. Ich kann Ihnen versichern, dass der Schöffenrat stets nach bestem Wissen und Gewissen die optimale Lösung sucht.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Werden die überarbeiteten Pläne dem Gemeinderat vorgelegt?

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Pläne werden dem Gemeinderat nicht vorgelegt, doch wir werden Ihnen gerne mitteilen, was zurückbehalten wird.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Ich hatte eine Frage mit Dringlichkeitscharakter eingereicht. Die Frage wurde heute nicht behandelt.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Es wurden mehrere Fragen von Ihnen eingereicht. Diese werden in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt.

V. VERKEHR

Rat François BENOY (déi gréng): Gehe ich Recht in der Annahme, dass der Gemeinderat noch nicht mit Verkehrsmaßnahmen betr. den Weihnachtsmarkt an der Place de Paris befasst wurde? Ich möchte daran erinnern, dass vergangenes Jahr für die Dauer des Weihnachtsmarktes in Bezug auf den Fußgänger- und Radverkehr eine akzeptable Lösung gefunden wurde, weshalb ich an Schöffe Goldschmidt appelliere, erneut dafür Sorge zu tragen, dass auf der hier verlaufenden Radroute genügend Raum sowohl für die Radfahrer als auch für die Fußgänger zur Verfügung steht, damit die genannten Verkehrsteilnehmer sich nicht in Quere kommen.

Der Straßenbelag vor der Schule in der Avenue Gaston Diderich wurde erneuert. Der Belag mag gut aussehen, doch lädt er zum schnellen Fahren ein, was nicht zu einer Verkehrsberuhigung beiträgt. Das ist bedauerlich.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Unsere Fraktion wird sich bei jenen Regelungen, die temporär eine Sperrung der Gehwege im Bereich von Baustellen zur Folge haben, enthalten. Wir sind konsequent in unserer Haltung, jedoch nicht sektierisch. Da wir feststellen konnten, dass die Erklärungen zum Teil präziser geworden sind, werden wir die Regelung betr. die Place Dargent mittragen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Die Verkehrsregelung für Radfahrer und Fußgänger im Bereich der Place de Paris für die Dauer des Weihnachtsmarktes wird dieselbe wie im vergangenen Jahr sein.

An der Verkehrsregelung im Bereich der Schule in der Avenue Gaston Diderich hat sich nichts geändert. Ich kann Rat Benoy versichern, dass der Schöffenrat intensiv an Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen arbeitet. Dazu gehört auch die Avenue Gaston Diderich. Es ist nicht vorgesehen, dort Maßnahmen zu treffen, damit die Autos schneller vorankommen. Es kann sein, dass dort Reparaturarbeiten durchgeführt wurden, weil Pflastersteine beschädigt waren. Voraussichtlich im kommenden Januar wird der Gemeinderat mit Vorschlägen zur Verkehrsberuhigung befasst werden - nicht nur im Viertel Belair, sondern auch in anderen Stadtteilen.

Schöffin Simone BEISSEL: Im Bereich der Schule in der Avenue Gaston Diderich waren Pflastersteine lose und

beschädigt, was eine Gefahr darstellte. Im Fachjargon ist in Bezug auf die durchgeführten Arbeiten von „Kuckucksnäster flécken“ („Kuckucksnester reparieren“) die Rede. Am schnellsten lassen sich solche Schadstellen mit Asphalt ausbessern. In einer nächsten Etappe wird eine Entscheidung in Bezug auf die definitive Gestaltung getroffen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Arbeiten, die vor mehr als 20 Jahren zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in der Avenue Gaston Diderich getroffen wurden, haben ihren Zweck erfüllt, und diese Sicherheit soll auch in Zukunft gewährleistet sein.

Die Verkehrsreglements, die eine zeitweilige Sperrung von Bürgersteigen während Bauarbeiten umfassen, werden bei Enthaltung der LSAP-Vertreter gutgeheißen. Die übrigen temporären Maßnahmen und definitiven Änderungen an der kommunalen Verkehrsordnung werden einstimmig gutgeheißen.

VI. KONVENTIONEN

- 1) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und dem Eigentümer bzw. dem Promotor im Hinblick auf die Umsetzung des Teilbebauungsplans „Rue de Prague - Rue Mathias Hardt“. Der Teilbebauungsplan wurde am 17. Oktober 2016 vom Gemeinderat und am 19. Januar 2017 vom Innenministerium gutgeheißen. Am 11. Juli 2022 hat der Gemeinderat einer punktuellen Abänderung des Teilbebauungsplans zugestimmt. Die vorliegende Konvention regelt u.a. die Abtretung von Grundstücken, die für Straßen und öffentliche Einrichtungen notwendig sind, sowie die Modalitäten für die Durchführung von Straßenarbeiten und öffentlichen Einrichtungen.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 2) Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und der Gesellschaft *Guddebiery s.a.* im Hinblick auf die Umsetzung der ersten und der zweiten Phase des Teilbebauungsplans „Guddebiery“ (Rue de Cessange). Der Teilbebauungsplan wurde vom Gemeinderat in der Sitzung vom 19. Oktober 2020 und vom Innenminister am 11. Januar 2021 gutgeheißen. Die Konvention beinhaltet einen Grundstückstausch (2,14 Ar zum Preis von 433.992 € bzw. 54,03 Ar zum Preis von 15.694.720 €; Ausgleichszahlung zugunsten von *Guddebiery s.a.*: 15.260.728 €). Zwei weitere Parzellen mit einer Gesamtfläche von 1,06 Ar außerhalb des PAP werden der Stadt kostenlos für die Erschließung des PAP überlassen. Die Stadt erhält ebenfalls kostenlos eine Grunddienstbarkeit, um einen provisorischen Wendeplatz anzulegen. Die erschwinglichen Wohnungen (*logements à coût modéré*) müssen vollständig in Phase 1 des PAP realisiert werden. Die Stadt verpflichtet sich, alle erschwinglichen Wohnungen auf den Parzellen 178/4214, 174/4207, 174/4212 und 173/4181 zu schaffen. Die Straßenarbeiten und öffentlichen Einrichtungen, die für die Erschließung der Phasen 1 und 2 des PAP erforderlich sind, werden vom Bauträger (*Guddebiery s.a.*) unter der Kontrolle und Aufsicht der Stadt durchgeführt. Alle Arbeiten werden auf Kosten des Bauträgers durchgeführt, so dass der Gemeinderat nicht über einen Kostenvoranschlag abzustimmen braucht.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Nach vier Jahren geht es mit diesem für die Stadtentwicklung so wichtigen Projekt voran. Das Projekt sieht die Schaffung von 410 Wohnungen, davon

100 Einfamilienhäuser, und 25.000 qm Grünfläche vor. 300 Bäume sollen dort angepflanzt werden. Die Einführung von Tempo-30- und Tempo-20-Zonen ist vorgesehen. Es werden Fußwege angelegt und Spielplätze eingerichtet. Der Teilbebauungsplan wird sich in die bestehende Bausubstanz und Baudichte integrieren. Ohne den Boulevard de Merl und den Boulevard de Cessange würde eine höhere Baudichte zu Verkehrsschwierigkeiten führen. Der Stadtteil Cessingen wächst auf diese Art und Weise kohärent. Rund um die Place de Roedgen wächst immer deutlicher ein Stadtteilzentrum heran.

Phase 1 des Projektes sieht die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum vor. Die Stadt Luxemburg verpflichtet sich, diese Wohnungen zu realisieren. Dies unterstreicht erneut die Wichtigkeit, die wir alle der Schaffung von Wohnraum beimessen. Mit der Einleitung der Phase 1 wird der Startschuss zur Umsetzung des gesamten Teilbebauungsplans gegeben. Ist das Timing für die Umsetzung bereits bekannt? Unsere Fraktion wird die vorliegende Konvention selbstverständlich mittragen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich danke Rat Philippart für seine Erklärungen. Die Umsetzung des Teilbebauungsplans wird nicht nur dem Stadtteil Cessingen, sondern der ganzen Stadt guttun. Die Tatsache, dass wir es nicht mit vielen Grundstückseigentümern zu tun haben, kann als gutes Omen dafür gewertet werden, dass es mit der Umsetzung des Projektes schnell vorangehen kann. Alle Arbeiten werden vom Baupromotor durchgeführt. Meinen Informationen zufolge ist dieser gewillt, das Projekt umzusetzen, so dass wir hoffen können, dass so schnell wie möglich mit den Arbeiten begonnen wird.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 3) Die Stadt Luxemburg erwirbt von der Gesellschaft *Guddebiery s.a.* mehrere Grundstücke („*place verte*“; „*place voirie*“ bzw. „*place*“) mit einer Gesamtfläche von 176,76 Ar in den Orten genannt „Geigenberg“ und „Im Gutenberg“. Preis: 17.000.000 €. Zweck: Umsetzung von Phase 3 des Teilbebauungsplans „Guddebiery“.
- 4) Die Stadt Luxemburg tritt unentgeltlich eine Parzelle (0,01 Ar) in der Rue Emile Metz an die Gesellschaft *Maphi Invest* ab. Zweck: Bau eines Bürgersteigs.
- 5) Privatpersonen treten unentgeltlich ein Grundstück (0,03 Ar) in der Rue Emile Metz an die Stadt Luxemburg ab. Die Stadt Luxemburg tritt unentgeltlich ein Grundstück (0,04 Ar) in der gleichen Straße an die betreffenden Privatpersonen ab. Zweck: Ausbau des Bürgersteigs.
- 6) Die Gesellschaft *Linestone City s.à r.l.* tritt unentgeltlich ein Grundstück (14 Zentiar) im Fond St Martin an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodenverhältnisse mittels Einbeziehung des abgetretenen Grundstücks in das öffentliche Straßennetz.
- 7) Die Gesellschaft *Twenty50 SCA* tritt unentgeltlich ein Grundstück („*place de voirie*“) (0,30 Ar) in der Rue de Hesperange an die Stadt Luxemburg ab. Zweck: Regularisierung der Grund- und Bodenverhältnisse (Straße, Bürgersteig).

Vorangehende Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 8) Die Stadt tritt an ein Ehepaar ein Grundstück („*terre labourable*“) (37,60 Ar) im Ort genannt „Auf Bartringergracht“ und mehrere weitere Grundstücke („*pré*“ et „*terre labourable*“) in den Orten genannt „Beim Moschweiher“,

„Im Mauchenweiher“, „Am Rodenbusch“ und „In Sporenspruch“ ab. Die Abtretung dieser Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 609,87 Ar erfolgt zum Preis von 4.769.341 Euro. Im Gegenzug tritt das Ehepaar zwei Grundstücke („*terre labourable*“) in den Orten genannt „Im Widem“ und „Beim Busch“ sowie mehrere Grundstücke im Ort genannt „Auf der Ronnheck“ an die Stadt Luxemburg ab. Die Abtretung dieser Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 638,80 Ar erfolgt zum Preis von 10.283.597 Euro. Daraus ergibt sich eine Ausgleichszahlung zugunsten der Eheleute in Höhe von 5.514.256 Euro. Zweck: Errichtung von öffentlichen Infrastrukturen und Gemeinschaftseinrichtungen, wie z.B. ein Straßenbahnabstellzentrum und/oder ein städtisches Schwimmbad.

Rat François BENOY (déi gréng): Unsere Fraktion wird die vorliegende Konvention unterstützen. Seit langen Jahren ist vom Projekt für den Bau eines Freibades die Rede. Wir haben erfahren, dass die an die Stadt abgetretenen Grundstücke sich für ein solches Projekt eignen könnten. Was sind die diesbezüglichen Überlegungen des Schöffengerates? Sind bereits Vorarbeiten im Gange?

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Ich kann mich den Worten von Rat Benoy nur anschließen. Seit den 90er Jahren gibt es kein öffentliches Freibad mehr auf dem Territorium der Hauptstadt. Der Schöffengerat hat seinen Willen bekundet, wieder ein öffentliches Freibad zu bauen. Wir würden uns daher freuen, wenn wir nach neun langen Jahren endlich einen Schritt in Richtung dieses Ziels machen könnten. Viele Menschen, die in der Stadt Luxemburg leben, haben keinen Garten oder können sich keinen Urlaub leisten. Ein öffentliches Freibad könnte den Urlaub zu Hause verschönern. Und da die Sommer immer wärmer werden, ist eine Abkühlung im Freibad willkommen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der Wille, auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg wieder ein öffentliches Freibad zu haben, hat seinen Ausdruck nicht nur in der Schöffengeratserklärung des amtierenden Schöffengerates, sondern auch in jener des vorangehenden Schöffengerates gefunden – und möglicherweise bereits in der Schöffengeratserklärung dessen Vorgängers. Ich möchte mich bei Schöffe Goldschmidt bedanken, dem es mit großem Engagement, sehr viel Diplomatie und viel Geduld gelungen ist, eine Einigung mit den verschiedenen Grundstückseigentümern zu finden. Fest steht, dass auf dem Areal ein öffentliches Freibad entstehen soll. Wie dieses Freibad aussehen wird, darüber werden wir zu gegebenem Zeitpunkt zusammen in der Sportkommission diskutieren.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

- 9) Kündigung der bestehenden Konvention mit *Solina Jongenheem*: Mit Schreiben vom 8. Mai 2024 haben die gemeinnützigen Vereine *Solina Jongenheem* und *Solina Solidarité Jeunes* die Stadt informiert, dass die Vereinigung *Solina Solidarité Jeunes* seit November 2011 bestimmte Aktivitäten von *Solina Jongenheem* übernommen hat, darunter insbesondere das Projekt „*Refuge pour mineurs*“. Die genannten Vereinigungen haben die Stadt Luxemburg gebeten, die laufende Konvention abzuändern. Der Schöffengerat schlägt stattdessen vor, die zwischen der Stadt Luxemburg und *Solina Jongenheem* abgeschlossene Konvention im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien mit Wirkung zum 31. Oktober 2024 zu kündigen und eine neue Konvention mit *Solina Solidarité Jeunes* zu unterzeichnen, die das Projekt „*Refuge pour mineurs*“ ab dem 1. November 2024 übernimmt.
- 10) Neue Konvention zwischen der Stadt Luxemburg und *Solina Solidarité Jeunes* zur Übernahme des Projektes „*Refuge pour mineurs*“: Im Rahmen dieses Projektes verpflichtet sich die Vereinigung, jugendlichen Ausreißern

eine Aufnahme, Krisenintervention, eine sofortige Vermittlung mit dem gesetzlichen Vertreter der Minderjährigen und eine Unterkunft anzubieten. Die Konvention legt die Bedingungen und Modalitäten der finanziellen Beteiligung der Stadt am genannten Projekt fest. Die finanzielle Beteiligung umfasst die Miete und die Mietnebenkosten (Wasser, Gas, Strom und Brennstoffe) für ein Gebäude, das die Vereinigung für das betreffende Projekt gemietet hat, sowie die Kosten für eine Mietrisikoversicherung. Alle anderen Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt müssen von der Vereinigung getragen werden. Die Konvention tritt am 1. November 2024 in Kraft.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Es ist zu begrüßen, dass die Stadt Luxemburg solche Projekte unterstützt. In meiner Funktion als Präsidentin der „Commission de l'enfance“ freue ich mich, dass die Stadt sich für Minderjährige einsetzt, die sich in einer schwierigen Situation befinden und eine Anlaufstelle brauchen, wo sie beraten und begleitet werden, denn es ist sehr wichtig, diesen jungen Menschen so schnell wie möglich zu helfen. Ich hoffe, dass wir in Zukunft weitere ähnliche Projekte unterstützen können, und dass die Informationen über das Projekt die betroffenen Menschen erreichen, damit sie wissen, dass sie diese Hilfe in Anspruch nehmen können.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Selbstverständlich wird unsere Fraktion die neue Konvention mit der Vereinigung unterstützen, auch wenn aus dem uns vorliegenden Dokument nicht klar hervorgeht, dass es sich um die Betreuung von Minderjährigen im *Péitrusshaus* handelt. In heutigen Zeiten scheint ein „refuge pour mineurs“ absolut notwendig.

Dem Bericht der Vereinigung Solina ist zu entnehmen, dass es bereits 2020/2021 zu einem Anstieg der Anfragen gekommen ist und die Vereinigung bereits zu diesem Zeitpunkt festgestellt hat, dass 24 Prozent der betreuten Jugendlichen später wieder „auf der Straße gelandet sind“, dies weil sie keine Wohnung gefunden haben, mangels Unterstützung... Weitere Informationen können dem auf der Internetseite der Vereinigung veröffentlichten Bericht entnommen werden.

Den uns vorliegenden Dokumenten sind keine Informationen über die für die Stadt Luxemburg zu tragenden Kosten zu entnehmen. Wäre es möglich, hierzu weitere Erklärungen zu erhalten?

In einer vergangenen Sitzung war der Gemeinderat aufgerufen, einem berechtigten Kostenvorschlag für den Bau einer Fußgänger- und Radbrücke Cents-Neudorf-Weimershof zuzustimmen. Aktuell geschätzter Kostenpunkt: mehr als 40 Millionen Euro. Der berechnete Kostenvorschlag für das Café-Restaurant im Park Gasperich liegt bei 7,5 Millionen Euro. Zusammengerechnet ergibt sich ein Betrag von rund 50 Millionen Euro. Diese Gelder werden zwar im Interesse der Bevölkerung der Stadt Luxemburg investiert, doch wirft dies dennoch Fragen auf...

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die beiden von Ihnen erwähnten berechtigten Kostenvorschläge wurden in der vergangenen Gemeinderatssitzung besprochen und zur Abstimmung gestellt. Sie stehen heute nicht auf der Tagesordnung.

Rätin Marie-Marthe MULLER (LSAP): Ich habe diese Summe genannt, da ich mir wünsche, dass ebenso viele Gelder in soziale Projekte fließen. Die Stadt Luxemburg investiert bereits viel in soziale Projekte. Es würde der Stadt Luxemburg gut zu Gesicht stehen, weitere Projekte dieser Art zu unterstützen, so wie es ja auch Rätin Camarda unterstrichen hat.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Stadt Luxemburg befindet sich in der glücklichen Lage, dass wir nicht das eine gegen das andere ausspielen müssen. Es sind nicht die Investitionen in ein Café-Restaurant im Park Gasperich, die uns daran

hindern werden, weiterhin in soziale Projekte zu investieren. Durch den Bau einer Fußgänger- und Radbrücke Cents-Neudorf-Weimershof wird nicht ein einziger Euro weniger für soziale Projekte ausgegeben. Die Stadt Luxemburg verfügt über ausreichend Geld, um sämtliche Projekte, die uns wichtig sind, zu unterstützen. Es geht nicht an, Kultur und Mobilität gegen Soziales auszuspielen.

Schöffe Paul GALLES: Die Konvention mit *Solina Jongenheem* soll aufgekündigt werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass das Projekt eigentlich von *Solina Solidarité Jeunes* verwaltet wird. Die Diskussion zeigt, dass die von der Stadt Luxemburg im sozialen Bereich investierten Gelder nicht immer wahrgenommen werden, und oft vergessen wird, dass es junge Menschen unter 18 Jahren gibt, die sich in einer schwierigen Situation befinden. In diesem konkreten Fall handelt es sich um Minderjährige, die von Zuhause ausgerissen sind, die sich allgemein und auch sozial in einer instabilen Lage befinden. Im „Péitrusshaus“ können sie Orientierung, Beratung und Betreuung finden. Hier findet eine Krisenintervention statt und wir können uns nur freuen, dass ein solches Projekt auf dem Gebiet der Hauptstadt angesiedelt ist.

Die Stadt Luxemburg beteiligt sich nicht an den Personalkosten. Diese Kosten werden vom Bildungsministerium übernommen. Die Stadt Luxemburg trägt die Miet- und Versicherungskosten. Den genauen Betrag kann ich Rätin Muller gerne nachreichen. Der Betrag ist im Budget unter „Péitrusshaus“ angeführt.

Die beiden vorangehenden Konventionen werden einstimmig gutgeheißen.

- 11) Konvention über die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Luxemburg und der schweizerischen Aktiengesellschaft „Meteologix AG“ im Rahmen der Umsetzung des europäischen Projektes „Cityclim“: Ziel dieses Projektes ist es, das Stadtklima besser zu verstehen, um die Auswirkungen des Klimawandels zu erfassen. Zu diesem Zweck haben die Parteien vereinbart, ein Anemometer und sieben meteorologische Sensoren, welche die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit messen, an acht verschiedenen Standorten zu installieren, die von der Stadt auf ihrem Gebiet zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug liefert Meteologix der Stadt die von diesen Anlagen aufgezeichneten meteorologischen Daten, deren Erfassung es der Stadt ermöglicht, die aktuellen Daten für die Überwachung des Stadtklimas zu ergänzen. Die Konvention wird für die Dauer eines Jahres geschlossen und wird stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert. Meteologix muss für jede Installation eine jährliche Gebühr von 5 € (plus Mehrwertsteuer) entrichten. Alle Kosten, die mit den Installationen und ihrem ordnungsgemäßen Betrieb verbunden sind, gehen zu Lasten von Meteologix.

Die Konvention wird einstimmig gutgeheißen.

VII. KOSTENVORANSCHLÄGE

1) Umsetzungsprojekt betr. die Renovierung und den Umbau der Kinemathek

Der Gemeinderat ist aufgerufen, sich zum endgültigen Projekt des Büros *Fabeck Architectes* für die Renovierung und den Umbau der Kinemathek (17, Place du Théâtre) zu äußern. Geschätzter Kostenpunkt: 43.550.258,83 €. Das Projekt sieht

die Renovierung des historischen Gebäudes, das als nationales Kulturerbe eingestuft ist, sowie den Bau eines neuen Gebäudes im Innenhof zwischen dem Gebäude der Kinemathek an der Place du Théâtre und dem Gebäude in der Rue Willy Goergen vor.

Das Projekt wird es der Kinemathek ermöglichen, ihre Aktivitäten zu diversifizieren.

Das neue Gebäude mit dem Namen LUX, dessen Fassade aus Lochblechpaneelen bestehen wird, wird halb unterirdisch gebaut und wird ein begrüntes Dach mit Photovoltaikmodulen haben. Es umfasst einen zweiten Kinosaal mit Platz für 177 Personen, darunter sechs Plätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität, sowie eine Bühne. Das Foyer des LUX kann auch für die Ausstellung von Objekten aus der Welt des Films und für Empfänge genutzt werden. Die beiden Gebäude werden durch eine unterirdische Verbindung miteinander verbunden.

Um die historische Integrität des Kinos VOX mit seinen wertvollen architektonischen Elementen, wie dem monumentalen Treppenhaus sowie den historischen Glasfenstern und Bodenbelägen zu erhalten, werden größere Eingriffe so weit wie möglich vermieden. Die wichtigsten Änderungen bestehen in der Öffnung der Südfassade bis zum Boden, wodurch die historischen Sanitärzellen entfernt werden, um den Einbau eines Aufzugs zu ermöglichen, der die Zugänglichkeit der Räumlichkeiten für Personen mit eingeschränkter Mobilität gewährleistet, sowie in der Absenkung des derzeitigen Kellergeschosses, um die Nutzung dieser Ebene zu ermöglichen.

Ein gastronomischer Bereich mit Zugang zur Terrasse im Innenhof wird im Erdgeschoss des bestehenden Gebäudes eingerichtet, wo sich auch der Empfang und der Kartenverkauf des Kinos befinden. Das Untergeschoss umfasst einen Bereich, der zu den Sanitäreinrichtungen führt, die Verbindung zur Galerie, die das bestehende Gebäude mit dem Neubau verbindet, Lagerräume, eine Aufwärmküche für den Gastronomiebereich und einen Teil der Technikräume.

Der bestehende Kinosaal VOX im ersten Stock, mit einer Kapazität für 72 Personen, davon vier Plätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität, ist über die bestehende historische Treppe oder den neuen Aufzug erreichbar. Die zweite Etage, die dem Personal, sowie renommierten Gästen aus der Szene vorbehalten ist, umfasst einen Vorführraum und Büros, eine Kitchenette und einen Aufenthaltsbereich.

Das Gebäude zur Rue Willy Goergen hin wird ebenfalls renoviert und in ein pädagogisches Atelier mit Sanitäräumen, Lagerflächen und Technikräumen umgewandelt. Der gesamte Standort wird mit einer Gasheizung versorgt.

Im Außenbereich wird eine Zone (zwischen dem Gebäude an der Rue Willy Goergen und dem LUX) pädagogischen Aktivitäten gewidmet sein, während die zweite Zone (zwischen dem VOX und dem LUX) als Erweiterung des gastronomischen Bereichs fungieren wird.

Die Bauarbeiten sollen im Dezember 2025 beginnen und im Februar 2029 abgeschlossen sein.

Rätin Sylvie CAMARDA (DP): Es handelt sich um ein wunderbares Projekt. In den vergangenen Jahren hat eine beeindruckende Entwicklung der Filmkunst in der Stadt Luxemburg stattgefunden. Festivals wie das LuxFilmfest und CinEast finden auch in der Kinemathek statt, eines der letzten Kinos im Herzen der Hauptstadt. Das Angebot der Kinemathek ist vielseitig. Dort finden auch regelmäßig Aktivitäten statt, die sich an Kinder und ein junges Publikum richten. Die Samstags- und Sonntagsangebote sind stets gut besucht und kennen einen großen Erfolg. Die Kinemathek arbeitet mit

dem *Orchestre Philharmonique du Luxembourg* und auch mit anderen Orchestern zusammen. Es ist ein Ort, an dem sich alle treffen.

Ich danke allen, die an der Ausarbeitung dieses Projektes beteiligt waren, das uns in der beratenden Kommission vorgestellt wurde und unsere Augen leuchten lässt: Das bestehende Gebäude wird renoviert, ein zweiter Kinosaal und ein Restaurantbereich kommen hinzu und der Innenhof wird neugestaltet. Die Kinemathek wird für jeden zugänglich sein und wird ein noch größeres Publikum anziehen. Es wurde an alles gedacht: Photovoltaik, behindertengerechte Sanitäreinrichtungen, Ausstellungsraum, Pflanzung von Bäumen, Sonorisierung, Beleuchtung, usw. Aus unserer Kinemathek wird zu einem echten Juwel.

Es stellt sich lediglich die Frage, wohin die Kinemathek während der Arbeiten umziehen kann. Es wurde bereits eine Zusammenarbeit mit dem Kapuzinertheater erwogen. Ich würde mich freuen, wenn sich noch andere Räumlichkeiten finden ließen, damit unsere Festivals nicht unter den Bauarbeiten leiden. Ich hoffe, dass diese zügig voranschreiten werden.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Ich kann mich den Worten von Rätin Camarda nur anschließen. Es handelt sich um ein schönes Projekt, auf das wir alle seit langem warten. Meine Glückwünsche an die Architekten und vielen Dank für die interessante Vorstellung des Projektes in der beratenden Kommission!

Der Kostenpunkt liegt bei 42 Millionen Euro – ein stolzer Preis, doch von einem kulturellen Standpunkt aus betrachtet ist es von großer Wichtigkeit, einen Standort zu schaffen bzw. Bestehendes zu renovieren und auszubauen, damit dort Filme gezeigt werden und Festivals sowie Workshops stattfinden können. Nach Abschluss der Arbeiten werden zwei Kinosäle zur Verfügung stehen (177 Plätze bzw. 72 Plätze), ein pädagogischer sowie ein gastronomischer Bereich. Mit der Umsetzung des Projektes wird eine Diversifizierung des Angebotes möglich sein und parallel zur normalen Programmierung werden andere Aktivitäten organisiert werden können.

Die Renovierung und der Ausbau erfolgen im Respekt des architektonischen Erbes, dies in enger Zusammenarbeit mit dem INPA. Zu begrüßen sind auch die Installation einer Photovoltaik-Anlage, die Begrünung des Daches, die vielen Bäume, die erhalten werden, und dass weitere angepflanzt werden. Der Standort wird endlich auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein. Es wurden sich viele Gedanken gemacht, um Lösungen zu finden, die ihren Bedürfnissen gerecht werden. Das „Bistrot social“, das derzeit im Innenhof des bestehenden Gebäudekomplexes untergebracht ist, wird umziehen. Es wird jedoch weiterhin in der Oberstadt angesiedelt bleiben und seinen neuen Platz am früheren Standort des Sozialamtes finden.

Zu bemängeln ist jedoch, dass im Rahmen dieses großen Projektes nicht auch die Organisation der sanften Mobilität rund um die Place du Théâtre berücksichtigt wurde. Wir bedauern, dass uns die Pläne für die vorgesehenen Neugestaltungsarbeiten im Bereich dieses Platzes noch nicht vorgestellt wurden. Wann werden diese Pläne vorgestellt? Es war von einer Markthalle die Rede. Der Platz würde sich auch zur Veranstaltung von Open Air Filmprojektionen eignen. Wir hätten es begrüßt, wenn die Pläne zur Neugestaltung des Platzes in das Projekt zum Ausbau der Kinemathek eingeflossen wären.

Die Arbeiten werden voraussichtlich drei Jahre dauern, von 2026 bis 2029. Bis dahin muss die Kinemathek sich so organisieren, dass der Betrieb während der Bauarbeiten an einem anderen Standort aufrechterhalten werden kann. Eine Zusammenarbeit mit dem Kapuzinertheater wurde bereits

erwähnt. Es sind auch mehr Open-Air-Angebote angedacht, wobei es allerdings zu bedenken gilt, dass diese wetterabhängig sind. Es ist daher wichtig, vorab zu planen, wo die Aktivitäten der Kinemathek werden stattfinden können. Wir sind uns des Mangels an Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen bewusst. Nicht nur die Kinemathek, sondern auch das Konservatorium, wo ungefähr zeitgleich Bauarbeiten stattfinden werden, wird nach Ausweichmöglichkeiten Ausschau halten müssen.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Wir unterstützen dieses ehrgeizige Projekt, das sowohl die Erhaltung unseres historischen Erbes als auch eine zukunftsorientierte Vision verfolgt, voll und ganz. Es verkörpert ein starkes Engagement für die Kultur, die nachhaltige Entwicklung und die Attraktivität unserer Gemeinde. Dieses Projekt, welches das Ergebnis einer kollektiven und sorgfältigen Arbeit ist, wurde in Absprache mit renommierten Partnern wie dem INPA oder dem INRA durchgeführt. Es respektiert die historische Seele des Gebäudes und entspricht gleichzeitig den Anforderungen unserer Zeit. Dank eines ausgewogenen Ansatzes werden symbolträchtige Elemente wie das Treppenhaus und die Buntglasfenster erhalten und gleichzeitig unverzichtbare Innovationen, insbesondere in Bezug auf Zugänglichkeit und Funktionalität, integriert. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir den Respekt vor der Geschichte und die Moderne miteinander verbinden. Das neue Gebäude mit seinem begrünten Dach und den Photovoltaikmodulen ist ein großer Schritt in Richtung einer nachhaltigen Architektur.

Dieses Gebäude ist ein Symbol für unser Engagement für die Umwelt und unseren Willen, den Neubau harmonisch in das Stadtgefüge zu integrieren. Mit seinen 177 Plätzen wird der neue multifunktionale Saal das kulturelle Angebot diversifizieren und der steigenden Nachfrage gerecht werden. Konferenzen, Filmvorführungen, Aufführungen, Festivals – dieser Saal wird ein Ort sein, an dem verschiedene Ereignisse zeitgleich stattfinden können und so das kulturelle Angebot bereichern und das lokale Leben dynamisieren. Dieser zweite Saal ist ein echter Trumpf. Er bietet Flexibilität bei der Programmgestaltung und fördert die Vielfalt des Publikums. Dies passt perfekt zu unserem Bestreben, unsere Stadt zu einem offenen, dynamischen und integrativen Ort zu machen.

Über den kulturellen Aspekt hinaus verkörpert dieses Projekt auch eine starke Umweltvision. Die Neugestaltung der Außenanlagen mit zusätzlichen Bäumen und der Schaffung einer grünen Insel ist ein weiterer Schritt in Richtung unseres Ziels, die Stadt grüner und lebenswerter zu machen. Diese neuen Flächen werden zu Treffpunkten, an denen Natur und Kultur zusammenkommen und den Einwohnern ein harmonischeres und entspannteres Umfeld bieten.

Schließlich ist die Bedeutung der siebten Kunst in diesem Projekt nicht zu unterschätzen. Das Kino als universelle Kunstform nimmt eine zentrale Rolle beim Austausch von Geschichten, Emotionen und Kulturen ein. Es sollte auch betont werden, dass die Stadt einen privilegierten Raum für Liebhaber der siebten Kunst bieten möchte, die nicht unbedingt von großen Blockbuster-Produktionen angezogen werden, sondern nach gezielteren Werken mit kulturellen und künstlerischen Themen suchen.

Durch die Unterstützung dieses Projekts bekräftigen wir, dass die Kinemathek nicht nur ein Vorführraum ist, sondern ein echter Ort der Erinnerung, der Innovation und der sozialen Bindung. Sie trägt dazu bei, Werte zu vermitteln, künftige Generationen zu inspirieren und das Zugehörigkeitsgefühl zu unserer Stadt zu stärken. Wir begrüßen dieses Projekt, das unsere Fähigkeit, Tradition und Moderne, Kultur und Nachhaltigkeit zum Nutzen all unserer Bürger zu verbinden, perfekt veranschaulicht. Es ist eine wertvolle Investition in unser Erbe, in unsere Kultur und in die Zukunft unserer Stadt.

Wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt nach seiner Fertigstellung der Stolz aller sein wird und dazu beiträgt, die Identität und Ausstrahlung unserer Gemeinde zu stärken. Wir sind stolz darauf, diese ehrgeizige Initiative zu unterstützen, die das Engagement, die Voraussicht und die Werte unserer Mehrheit widerspiegelt.

Rätin Colette MART (DP): Es freut mich, die Renovierung und den Ausbau der Kinemathek unterstützen zu können, denn diese kulturelle Institution zählt zu den diskreteren, aber sehr wertvollen Beiträgen zur Kultur in der Stadt Luxemburg. Es ist immer wieder interessant, Filme von früher zu sehen, die uns bereits in unserer Jugend beeindruckt und berührt haben, bzw. auch alte Meisterwerke aus der Filmgeschichte, Filme, die Geschichte geschrieben haben, dies in einem historisch interessanten Gebäude mit viel Charme. Auf der schönen alten Treppe fühlt man sich in eine andere Zeit zurückversetzt. Der Einbau eines Aufzugs ist ausdrücklich zu begrüßen, denn eine derart interessante und wichtige Institution muss für alle Personen zugänglich sein, auch für Personen im Rollstuhl und für Personen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind.

Das Projekt sieht zwei Kinosäle sowie eine Brasserie vor, so dass hier ein Treffpunkt gestaltet nach modernen Kriterien und im Respekt der geltenden Auflagen entstehen wird, ein interessanter Standort, wo Kultur, Erinnerung und Geselligkeit miteinander verbunden werden, dies mitten im Herzen der Stadt. Die Renovierung der Kinemathek wird den Standort Place du Théâtre und Umgebung aufwerten und wird zweifelsohne auch mehr Besucher anziehen. Der Standort bietet sich an, um neue Events zu organisieren, sich zu treffen und die Stadt abends weiter zu beleben.

Ich werde das vorliegende Projekt mit großer Überzeugung mittragen.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Auch ich möchte mich den Glückwünschen für dieses gelungene Projekt anschließen. Der Kostenpunkt ist stattlich, doch handelt es sich auch um ein nachhaltiges Projekt, weshalb die Investitionen gerechtfertigt sind.

Das Problem, Räumlichkeiten zu finden, damit die Kinemathek ihren Betrieb während der Bauarbeiten aufrechterhalten kann, ist bereits erwähnt worden. Wir warten auf weitere Informationen, wie der Schöffenrat dabei vorzugehen gedenkt.

Es wurde bereits darauf hingewiesen: Die Kinemathek ist ein Schmuckstück im Herzen der Stadt und wird durch die Renovierung und den Ausbau weiter an Interesse und Anziehungskraft gewinnen. In der Stadt Luxemburg gab es viele Kinos, deren Zahl jedoch in den 90er Jahren wegen der großen Konkurrenz (Utopolis-Komplex) zurückgegangen ist. Geblieben sind ein großes Multiplex-Kino, ein kleines Kino in der Nähe des Glacisfeldes und die Kinemathek. Dies wirft die Frage auf, ob man nicht auch eine Kino-Politik in der Stadt Luxemburg im Sinne einer Dezentralisierung fördern könnte und den einen oder anderen Standort wiederbeleben sollte. Die Hauptstadt zählt mittlerweile rund 130.000 Einwohner. Es gibt jedoch weniger Kinos als zur Zeit, als sie nur 60.000 Einwohner hatte – wobei mir bewusst ist, dass es heute auch andere Möglichkeiten gibt, sich Filme anzusehen.

Rat Robert PHILIPPART (DP): Die Namensgebung LUX und VOX für die beiden Kinosäle – als Anspielung auf den Tonfilm – ist interessant. Das kinematographische Dekor des Pavillons LUX spiegelt die Mission der Kinemathek auf eine flotte Art und Weise wider und stellt eine interessante Verbindung zum pädagogischen Bereich des Projektes her. Es ist wichtig, über diesen Weg unser kulturelles Angebot weiter auszubauen, und man kann Parallelen ziehen mit der Renovierung des Auditoriums des Konservatoriums, wo ein Ausbau der Programmierung im Mittelpunkt steht. Es freut mich, dass

ein Ausbau der Kinemathek an der Place du Théâtre möglich ist, so dass eine kulturell wertvolle Aktivität im historischen Stadtkern erhalten bleibt. Im Zusammenspiel mit der Neugestaltung der Place du Théâtre wird hier ein lebendiger Treffpunkt entstehen.

Es ist interessant zu sehen, mit welchem Feingefühl dieses Projekt in einem delikaten historischen Umfeld umgesetzt wird. Es ist zu begrüßen, dass die majestätische Treppe, die Bleiverglasung, die Struktur des VOX-Saales und die Keramiken des bestehenden Gebäudes erhalten bleiben und mittels eines subtilen Designs zur Geltung gebracht werden. Auch ich kann mich nur darüber freuen, dass die Infrastrukturen nun auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sein werden, wissend, dass dies in historischen Gebäuden nicht immer einfach ist. Die Initiative der Dienststelle des Architekten der Stadt Luxemburg, den LUX-Saal so zu planen, dass er die bestehenden Gebäude in der Höhe nicht übertrifft, so dass die Unesco-geschützte urbanhistorische Landschaft davon nicht angetastet wird, möchte ich ausdrücklich begrüßen. Das INRA (*Institut national de recherche archéologique*) hat bereits erste Forschungen in Bezug auf noch vorhandene historische Überreste durchgeführt. Während Jahrhunderten befand sich hier der Garten des Kapuzinerklosters, so dass nicht mit Gebäudeüberresten unter dem Boden zu rechnen ist. Das Fort Berlaumont und die mittelalterlichen Eingangstore waren zwischen der Rue Willy Goergen und dem Boulevard Royal angesiedelt. Sollten dennoch wichtige Elemente gefunden werden, die nicht aus archivierten Plänen hervorgehen, besteht durchaus die Möglichkeit, das Projekt an diese neuen Gegebenheiten anzupassen.

Der Einbau einer Photovoltaikanlage auf dem Dach eines geschützten Gebäudes ist ausdrücklich zu begrüßen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass das Projekt des Stadtarchivs an der Place des Bains bereits den Einbau einer Photovoltaikanlage in einem historischen Gebäude vorsieht. Dies zeigt, dass es möglich ist Photovoltaikanlagen auch in historisch delikaten Gebäudekomplexen einzubauen. Stadtarchiv und Kinemathek können demnach als Pilotprojekte gesehen werden. Zu begrüßen ist auch die Gestaltung eines Innenhofes und die Einrichtung einer Brasserie, denn beide Elemente werden zur Belebung des Standortes beitragen. Die Renovierung und der Ausbau der Kinemathek werden zu einer weiteren Belebung der Kultur im historischen Herzen der Stadt beitragen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Selbstverständlich werden auch wir dieses Projekt unterstützen. Die Kinemathek spielt eine wichtige kulturelle Rolle. 43 Millionen Euro sind ein stolzer Preis, doch handelt es sich um gut investiertes Geld, da die Kultur Menschen zusammenführt.

Uns stört jedoch, dass wir heute über ein derart wichtiges Projekt abstimmen, ohne dass uns gleichzeitig ein Konzept betr. die Neugestaltung und Aufwertung der Place du Théâtre vorliegt. So stellt sich z.B. die Frage, wie künftig die Einfahrt zum Parking Place du Théâtre aussehen wird und wo diese sich befinden wird.

Die Stadt Luxemburg hatte eine große Kinotraddition. Die Kinos haben eine große kulturelle Rolle in verschiedenen Stadtteilen gespielt. Hohe Investitionen in die Renovierung und den Ausbau der Kinemathek im Herzen der Hauptstadt sind wichtig und richtig. Wäre es nicht möglich, bereits jetzt zu überlegen, wie sich im Rahmen dieses Projektes Kinemathek-Antennen in anderen Stadtteilen ansiedeln ließen? Da der Betreiber der geplanten Brasserie gewissermaßen auch Mitverantwortung dafür trägt, dass der Standort zu einem geselligen Treffpunkt wird, stellt sich die Frage, ob die Stadt nicht gut daran täte, als Auflage eine soziale Preisgestaltung für die Brasserie im Lastenheft einzuschreiben.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Es freut mich zu hören, dass das Projekt auf allen Bänken Unterstützung findet. Es ist in der Tat ein sehr schönes Projekt, das der Stadt einen Mehrwert in allen Hinsichten bringen wird, insbesondere im Bereich der Kultur und der Geselligkeit. Beim neuen Saal handelt es sich um einen multifunktionalen Saal, der nicht nur für Filmvorführungen, sondern auch für andere Veranstaltungen genutzt werden kann.

Wenn sichergestellt ist, dass die Arbeiten wie vorgesehen Anfang 2029 abgeschlossen sein werden, ist davon auszugehen, dass wir die Ausschreibung für den Betrieb der Brasserie im Jahr 2028 lancieren werden und wir werden dann auch unsere Bedingungen in das Lastenheft einschreiben. Die mit dem zurückbehaltenen Kandidaten abzuschließende Konvention wird dem Gemeinderat zur Abstimmung unterbreitet werden.

Das Parkhaus Place du Théâtre ist in keinem guten Zustand. Umfangreiche Arbeiten sind notwendig. Der Schöfferrat hat beschlossen, das Parkhaus abzureißen und nicht Untergeschoss um Untergeschoss zu renovieren. Die Studien laufen. Sollte es zu einem Abriss kommen, wird es hier während einigen Jahren eine große Baustelle geben. Beide Projekte zeitgleich anzugehen, ist nicht zu schaffen. Die bis 2029 verbleibende Zeit werden wir nutzen, um das Projekt für ein neues Parkhaus und die Neugestaltung der Place du Théâtre bestmöglich umzusetzen. Es ist vorgesehen, dass die Einfahrt zum neuen Parkhaus nicht mehr an der Place du Théâtre angesiedelt sein wird, so dass auch dieser Bereich für die Neugestaltung des Platzes genutzt werden kann. Nichtsdestoweniger wird die Place du Théâtre weiterhin für Autos zugänglich bleiben müssen. Hier befindet sich nach wie vor ein Privatparkplatz. Das Kapuzinertheater ist nicht weit von der Place du Théâtre entfernt gelegen und die Lieferungen müssen nach wie vor gewährleistet sein. Die Studien, um zu wissen, wo die Einfahrt zum Parkhaus hinkommen soll, laufen. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, die Einfahrt im Bereich des Boulevard Ulveling unter dem Square Brasseur vorzusehen. Am Square Brasseur stehen alte Bäume, darunter ein sehr alter Baum, weshalb es eingehender Studien braucht, um sicherzustellen, dass dieser Baum nicht zu Schaden käme. Zu gegebenem Zeitpunkt, wenn die Studien vorangeschritten sind, sind wir gerne bereit die zuständige beratende Kommission über die Ergebnisse der Studien zu informieren.

Bis Anfang 2029 sind es noch vier Jahre. Solange wird das Parkhaus Place du Théâtre weiter betrieben. Der Zustand des Parkhauses macht es erforderlich, dass zwischendurch die einen oder anderen Unterhaltsarbeiten durchgeführt werden. Der Abriss des Parkhauses und des darauf stehenden Gebäudes (Ein- und Ausgang des Parkhauses) wird eine Neugestaltung der ganzen Place du Théâtre ermöglichen.

Rat Philippart hat auf die Möglichkeit von archäologischen Funden hingewiesen. Wir sind für alle Überraschungen gewappnet.

Die Auslotung der Möglichkeiten, um den Betrieb der Kinemathek während der Renovierungs- und Ausbauarbeiten weiter gewährleisten zu können, ist im Gange. Eine entsprechende Zusammenarbeit mit dem Kapuzinertheater läuft. Man kann sich durchaus auch eine Nutzung des Auditoriums im Cercle Cité und des Auditoriums Beck vorstellen. Die Zusammenarbeit zwischen unseren Institutionen läuft, um sicherzustellen, dass die Aktivitäten der Kinemathek während der Bauarbeiten fortgesetzt werden können.

Das Umsetzungsprojekt betr. die Renovierung und den Umbau der Kinemathek wird einstimmig gutgeheißen.

2) Renovierung des großen Auditoriums des Konservatoriums

Der Gemeinderat ist aufgerufen, über das endgültige detaillierte Projekt bezüglich der Renovierung des großen Auditoriums des Konservatoriums der Stadt Luxemburg sowie dessen Anpassung an die geltenden Vorschriften abzustimmen. Das Projekt wurde vom Büro *Christian Bauer & Associés Architectes* in Zusammenarbeit mit dem Büro INCA für die Bühnen-, Akustik- und Brandschutzstudien sowie dem Büro Syntec für die Studien der Elektro- und HLK-Installationen ausgearbeitet, wobei die Gesamtkoordination vom Büro INCA übernommen wurde. Das Projekt ist Teil eines langfristigen Projekts, das die allgemeine Anpassung des Gebäudes an die aktuellen Vorschriften und die funktionale und ästhetische Neugestaltung der veralteten Räumlichkeiten zum Ziel hat.

Vorgesehen ist der Austausch von Sitzen und Teppichen sowie die Behandlung und Neulackierung abgenutzter Elemente, darunter das Parkett sowie die Akustikplatten und Metallstrukturen. Ziel ist es, dem Auditorium ein zeitgemäßeres Image zu verleihen und gleichzeitig die Architektur und Akustik des Saals zu respektieren.

Um einige Funktionen zu verbessern, werden ein neuer offener Ton- und Lichtregieplatz, sowie ein geschlossener Projektionsbereich in den hinteren Teil des Saals integriert.

Um die Zugänglichkeit der Räumlichkeiten zu gewährleisten, ist eine neue abnehmbare Rampe vor der Bühne vorgesehen, und es werden zehn zusätzliche Plätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität in den Raum integriert.

In Bezug auf die allgemeine Sicherheit im Auditorium sieht das Projekt Maßnahmen zur Verbesserung der technischen Anlagen und der Brandabschnittsbildung vor (u.a. Entrauchung des Saals, Brandmeldesystem, Beleuchtung der Stufen, neue Zugangstüren und neue Innenverglasung).

Das Projekt umfasst auch den Austausch der vorhandenen Beleuchtungs-, Ton- und Bühnenanlagen durch hochmoderne Geräte.

Einige Nebenbereiche, die direkt mit dem großen Auditorium verbunden sind, wie das Foyer mit der Garderobe und den Theken und Logen für die Musiker, werden ebenfalls punktuell umgestaltet, um ihre Funktionalität zu verbessern, und dies in einem zeitgenössischen ästhetischen Geist.

Der Kostenvoranschlag liegt bei 11.255.714,49 €. Das summarische Vorprojekt sah einen Kostenvoranschlag in Höhe von 9.351.248,69 € vor. Der Unterschied zwischen dem Kostenvoranschlag des Vorentwurfs und dem des endgültigen Projektes ist auf eine Vertiefung des Planungsgrads zurückzuführen. Die Tonanlage wurde weiterentwickelt, um qualitativ hochwertige Aufnahmen zu ermöglichen. Die Marktpreise für die Bühnenmaschinerie haben sich weiterentwickelt. Das Brandmeldesystem im Auditorium wurde aufgerüstet, indem eine geräuschlose Brandmeldeanlage mit einer großen Anzahl von Lichtstrahlen integriert wurde, da die Dachkonstruktion zahlreiche Stützen, Metallstrukturen und Akustikpaneele aufweist. Die Honorarkosten sind angesichts der Komplexität des Projekts, das zahlreiche Untersuchungen und Vorstudien erfordert, gestiegen.

Die Arbeiten sollen im April 2025 beginnen und im November 2026 abgeschlossen sein.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Jahr 2025 wird es 40 Jahre her sein, seit wir das Auditorium des Konservatoriums eingeweiht haben. Im Laufe der Jahre wurden neue Bestimmungen in Bezug auf Sicherheit und Komfort erlassen, so

dass Anpassungen und Renovierungsarbeiten erforderlich geworden sind.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Das Auditorium ist 40 Jahre alt, hat sich aber gut gehalten. Es macht immer noch große Freude, dort aufzutreten. Es werden immer noch flotte Produktionen, bei denen die Schüler des Konservatoriums die Gelegenheit haben, ihr Können unter Beweis zu stellen, auf der Bühne des Auditoriums dargeboten. Es ist zu begrüßen, dass die Sitze und der Teppichboden erneuert werden und das Auditorium ein moderneres, jüngerer Aussehen erhält. Zu begrüßen ist auch, dass die Posten „régie“ und „son et lumière“ in den Vordergrund rücken und wir in diesen Bereichen ein international anerkanntes Niveau erreichen, dies auch vor dem Hintergrund, dass häufig international bekannte Künstler, vor allem Musiker, im Auditorium auftreten. Ein modernes Auditorium ist auch ein Aushängeschild für unsere Stadt und für die Kunst, die hier geboten wird. Es ist demnach wichtig und gut, dass die Regie nun ihren Platz in der Mitte des Raumes finden wird und auch Ton- und Lichtregie den Platz finden, den sie verdienen.

Wichtig zu erwähnen ist auch, dass die Zugänglichkeit des Standortes an die Bedürfnisse von Personen mit eingeschränkter Mobilität angepasst wird. Kunst führt Menschen zusammen und es ist schön zu sehen, wenn die ganze Familie kommen kann, um das Kind, das Enkelkind auf der Bühne zu erleben. Zu begrüßen ist auch, dass die Logen für die Musiker erneuert und das Foyer aufgefrischt wird. Die roten Ziegel bleiben erhalten, stellen sie doch die Signatur des Gebäudes dar.

Die Direktion hat eine Vision für die Zukunft des Konservatoriums. Sie will die Veranstaltungsaktivitäten des Konservatoriums verstärken, sich mit den lokalen Musikgesellschaften und nationalen Veranstaltern in Verbindung setzen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, unentgeltlich im Auditorium auftreten zu können. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass es auch Ziel des Konservatoriums ist, Menschen die Kunst näher zu bringen und die Zusammenarbeit mit den Musikgesellschaften und anderen kulturellen Veranstaltern auf dem Stadtgebiet zu fördern und ihnen die Bühne des Konservatoriums zur Verfügung zu stellen.

Auch bei diesem Projekt gilt es die Zeit der Bauarbeiten zu überbrücken und nach Ersatzräumen Ausschau zu halten. Wir haben bereits die Zusicherung erhalten, dass verschiedene Examen im *Grand Théâtre* und andere in multifunktionalen Räumlichkeiten (*Tramsschapp*, Kulturzentrum Bonneweg) werden stattfinden können. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Infrastrukturen ist ausdrücklich zu begrüßen. Dies alles hört sich gut an und ich hoffe, dass wir dem Konservatorium weiterhin hilfreich zur Seite stehen werden.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Es handelt sich in der Tat um ein wichtiges und flottes Projekt, auf das wir auch schon länger warten. Das Projekt wurde uns eingehend in der Kommission vorgestellt, dies auf der Bühne im Auditorium des Konservatoriums. Meine Glückwünsche gehen auch an die Architekten, welche die Ausarbeitung des Modernisierungs-Projektes mit sehr viel Respekt und mit dem Ziel, Bestehendes zu erhalten und an die Bedürfnisse der heutigen Zeit anzupassen, angegangen sind.

Das Auditorium wurde im Jahr 1984 eingeweiht und funktioniert demnach seit 40 Jahren. Es hat sich gut gehalten, doch wir sind uns alle einig, dass eine Modernisierung unerlässlich ist (Technik, Teppich, Sitze...) und Renovierungsarbeiten notwendig sind. Es gilt hervorzuheben, dass die Akustik des Auditoriums sehr gut ist und es den Architekten und Ingenieuren wichtig war, diese gute Akustik zu erhalten. Die Orgel im

Auditorium wird einer Reinigung unterzogen. Insbesondere begrüße ich, dass das Auditorium auch für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich gemacht wird und die Anzahl der für sie vorgesehenen Sitzplätze erhöht wird (10 zusätzliche Plätze). An der Zahl der Sitzplätze im Auditorium ändert sich nichts. Technik und Sicherheit werden angepasst, das Rauchabsaugungssystem wird verbessert und auch Foyer, die Bar, die Sanitäreanlagen werden renoviert. Bestehende Materialien, die erhaltenswert sind, werden erhalten, und die neuen Materialien werden damit harmonisieren. Die roten Ziegel, ein Wahrzeichen des Konservatoriums, werden erhalten.

Das Auditorium wird voraussichtlich bis 2026 nicht genutzt werden können. Andere Säle im Konservatorium werden genutzt werden können. Examen, Vorführungen und Konzerte werden im *Grand Théâtre* und in Kulturzentren der Stadt Luxemburg stattfinden können. Da die Baustellen der Kinemathek und des Konservatoriums sich zum Teil zeitlich überschneiden werden, ist eine gute Organisation unabdingbar.

Nach der Fertigstellung der Arbeiten im Auditorium wird dieses im Sinne einer Professionalisierung der Programmierung noch besser genutzt werden. Es soll eine *Commission de la programmation* eingesetzt werden, damit die im Auditorium stattfindenden Veranstaltungen im Rahmen der Ethik des Konservatoriums bleiben.

Die Arbeiten werden im Jahr 2025 anlaufen und sollen 2026 für die Feierlichkeiten des 120-jährigen Bestehens des Konservatoriums abgeschlossen sein. Wir freuen uns auf die Einweihung des neuen Auditoriums und werden das vorliegende Projekt selbstverständlich mittragen.

Rätin Angélique BARTOLINI (CSV): Ich möchte heute unsere volle und uneingeschränkte Unterstützung für dieses ehrgeizige Projekt zum Ausdruck bringen, das unser Musikkonservatorium betrifft. Diese Einrichtung ist ein echter Stolz für unsere Gemeinde und ein starkes Symbol für unser gemeinsames Engagement für Kultur und künstlerische Bildung. Das Konservatorium gewinnt immer mehr an Ansehen. Es ist heute weit mehr als nur eine Musikschule, es ist ein kultureller Botschafter unserer Stadt. Die steigende Nachfrage nach Kursen zeugt nicht nur von der hervorragenden Qualität des Unterrichts, sondern auch von der Verbundenheit unserer Einwohner mit dem musikalischen Lernen und der Kultur im Allgemeinen. Wir sehen in diesem Konservatorium mehr als nur einen Ort des Lernens, es ist ein Ort der persönlichen und kollektiven Entfaltung, ein Ort des Lebens, an dem sich Menschen aller Altersgruppen treffen und austauschen. Jeder findet hier einen einzigartigen Rahmen, in dem er lernen, kreativ sein und bereichernde Erfahrungen teilen kann.

Wir begrüßen auch die zahlreichen erfolgreichen Maßnahmen: Modernisierung des pädagogischen Angebots, Anpassung an die gesetzlichen Entwicklungen und die Erwartungen der Schüler, indem innovative Ansätze angeboten werden. Materielle Investitionen: Dank erheblicher Anstrengungen konnten die Infrastruktur und die Ausstattung verbessert werden, wodurch moderne und optimale Lernbedingungen geschaffen wurden. Diese Veränderungen zeigen den ständigen Willen, die Qualität der Dienstleistungen für alle zu verbessern.

Das Projekt zur Renovierung des großen Saals des Konservatoriums stellt eine außergewöhnliche Chance für unsere Gemeinde dar. Es wird die Aufnahmekapazität erhöhen, um der ständig wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, neue innovative Aktivitäten zu entwickeln, die zur Stärkung der Aktivität und Dynamik dieser kulturellen Einrichtung beitragen, und optimale Lernbedingungen durch eine modernisierte und inspirierende Umgebung bieten, die die künstlerische Entfaltung der Schüler fördert. Außerdem wird es die Integration modernster Technologien ermöglichen, die eine

außergewöhnliche Akustik und eine optimale Qualität für die Arbeit von Schülern, Lehrern und Künstlern gewährleisten.

Dieses Projekt beschränkt sich nicht auf eine einfache Renovierung. Es ist Ausdruck einer starken Ambition, das Konservatorium zu einem Ort der Exzellenz und der Ausstrahlung für die gesamte Gemeinde zu machen. Es ist nicht nur eine Antwort auf einen praktischen Bedarf, sondern eine Vision, die auf die Zukunft unserer Gemeinde und ihrer Einwohner ausgerichtet ist. Das Konservatorium spielt eine Schlüsselrolle in der kulturellen und sozialen Dynamik unserer Gemeinde. Mit seinem reichhaltigen und vielfältigen künstlerischen Programm trägt es dazu bei, die Stadt zu beleben, die Generationen einander näher zu bringen und unsere kollektive Identität zu stärken. Es ist ein Ort der Begegnung, an dem sich die Kulturen kreuzen, ein Ort der Integration und des Dialogs, der unser soziales Gefüge bereichert. Wir betrachten dieses Engagement als eine Investition in unsere Jugend, unsere Kultur und unsere kollektive Zukunft. Das Konservatorium zu unterstützen bedeutet, zur Ausstrahlung unserer Gemeinde, zu ihrer Attraktivität und ihrer Dynamik beizutragen.

Abschließend möchten wir alle unsere Kollegen auffordern, dieses ehrgeizige Projekt zu unterstützen. Indem wir für die Erweiterung des Konservatoriums stimmen, ermöglichen wir es dieser Einrichtung, in ihrem Auftrag der Bildung, des Schaffens und des Teilens noch weiter zu gehen. Diese Entscheidung geht weit über die bloße Unterstützung eines Gebäudes oder einer Dienststelle hinaus. Es ist eine Entscheidung für die Zukunft unserer Stadt, für ihre Einwohner und für die kulturelle Ausstrahlung unseres Territoriums. Diese Renovierung wird auch die Möglichkeit bieten, die Besucher in einem besser angepassten Rahmen zu empfangen, der den höchsten Standards in Bezug auf Komfort und Funktionalität entspricht.

Rätin Maxime MILTGEN (LSAP): Ich schließe mich den Worten meiner Vorrednerinnen an. Es steht außer Frage, dass eine Renovierung des Konservatoriums nach 40 Jahren notwendig, wichtig und richtig ist. Ein modernes, gut ausgestattetes Auditorium ist auch ein entscheidendes Element für das kulturelle Leben in unserer Stadt. Unsere Fraktion unterstützt dieses Projekt deshalb mit Nachdruck. Ein Auditorium in gutem Zustand ist nicht nur eine Investition in die Infrastruktur, sondern auch in die kulturelle Seele unserer Stadt, die von Musik, Theater und Kunst genährt wird.

Darüber hinaus begrüßen wir, dass intensiv und engagiert nach Ausweichmöglichkeiten gesucht wird, um den Kulturbetrieb während der Bauarbeiten aufrechterhalten zu können. Diese Übergangsmöglichkeiten zu schaffen ist wichtig, um der Musikszene in der Stadt Luxemburg weiterhin Raum zu schaffen und den kreativen Ausdruck zu fördern. Wir hoffen, dass der angesetzte Zeitplan eingehalten werden kann. Einen Abschluss der Arbeiten bis November 2026 zu erreichen, muss das Ziel bleiben, dies vor dem Hintergrund, dass mit einem aktuellen Mangel an Räumlichkeiten für Musik wir uns es nicht leisten können länger zu warten. Wir können daher nur hoffen, dass der Schöffenrat alles dransetzen wird, damit der Zeitplan eingehalten werden kann. Kultur darf niemals auf der Strecke bleiben.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir freuen uns über die breite Unterstützung. Mit Bauarbeiten gehen nun einmal auch Unannehmlichkeiten einher. Die Organisation im Hinblick auf Ausweichmöglichkeiten für die verschiedenen Veranstaltungen läuft. Nur eine gute Zusammenarbeit mit den Schulen, die im Umfeld des Konservatoriums angesiedelt sind, macht es überhaupt möglich, dass die nötigen Räumlichkeiten für die vielen Schülerinnen und Schüler, die sich im Konservatorium einschreiben und dort Kurse besuchen, zur Verfügung stehen. Während der Renovierungsarbeiten im Auditorium sind wir auf diese Zusammenarbeit angewiesen und wir können uns

glücklich schätzen, dass die Direktion des Konservatoriums gute Beziehungen aufgebaut hat.

Das Umsetzungsprojekt betr. die Renovierung des großen Auditoriums des Konservatoriums wird einstimmig gutgeheißen.

3) Infrastrukturarbeiten in den Straßen Rue Albert Calmes, Rue Nicolas Margue, Rue Nicolas Majerus, Rue Alphonse Rupprecht und Rue de Trèves

Der Gemeinderat ist aufgerufen, das Projekt betr. Infrastrukturarbeiten in den Straßen Rue Albert Calmes, Rue Nicolas Margue, Rue Nicolas Majerus, Rue Alphonse Rupprecht und Rue de Trèves zu genehmigen. Geschätzter Kostenpunkt: 1.845.000 €. Das Projekt sieht eine Erneuerung und Verstärkung der Infrastrukturen, einschließlich einer Neugestaltung der Oberfläche vor. Beteiligt sind neben mehreren Dienststellen der Stadt Luxemburg auch die externen Akteure Creos s.a. (Strom und Gas) sowie *Post Technologies*. Die Koordination übernimmt der „Service Coordination des chantiers“ (Serco) der Stadt Luxemburg. Ein zusätzlicher Kredit in Höhe von insgesamt 50.000 € ist vom Gemeinderat für das Haushaltsjahr 2024 zu beschließen. Der verbleibende Betrag von 1.795.000 € ist auf die jeweiligen Artikel des außerordentlichen Haushalts der betreffenden Dienststellen in den folgenden Haushaltsjahren anzurechnen.

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um anzumerken, dass sich im Rahmen des vorliegenden Projektes die Schaffung einer Radverbindung zwischen dem INS und der geplanten Radwegbrücke anbieten würde. Der vorhandene Weg hinter dem Friedhof Cents müsste zu diesem Zweck verbreitert werden, um einen getrennten Geh- und Radweg zu ermöglichen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Idee ist gut. Wir werden den Vorschlag zusammen mit der zuständigen Dienststelle prüfen.

Das Projekt wird einstimmig gutgeheißen.

4) Neugestaltung der Rue Jean-François Gangler, der Rue Nicolas Martha und der Place Jeanne d'Arc

Der Gemeinderat ist aufgerufen, sich zum Projekt betr. Arbeiten zur Neugestaltung der Rue Jean-François Gangler, der Rue Nicolas Martha und der Place Jeanne d'Arc zu äußern. Geschätzter Kostenpunkt: 4.472.000 €. Das Projekt sieht eine Verstärkung der Infrastrukturen und eine Neugestaltung der Oberfläche vor. Beteiligt sind neben mehreren Dienststellen der Stadt Luxemburg auch die externen Akteure Creos s.a. (Strom und Gas) sowie *Post Technologies*. Die Koordination übernimmt der „Service Coordination des chantiers“ (Serco) der Stadt Luxemburg. Ein Kredit von 100.000 € ist im Budget 2024 vorgesehen. Der verbleibende Betrag von 4.372.000 € ist in die Budgets der folgenden Jahre einzuschreiben.

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Manche Bürger sind der Ansicht, dass es egal ist, welche Partei man wählt, letztendlich würden doch alle das Gleiche tun. Beim vorliegenden Projekt kann ich jedoch ganz klar sagen, dass *déi gréng* das Projekt sowohl in Bezug auf die Form als auch auf den Inhalt anders angegangen wären. Es hat keine Bürgerbeteiligung stattgefunden. Das Projekt stellt auch nicht die Sicherheit der Kinder in den Vordergrund. Aus diesen Gründen können wir das vorliegende Projekt nicht unterstützen.

Wir haben uns mit dem Lehrpersonal, den Eltern der Schulkinder und mit den Einwohnern des Stadtteils unterhalten. Niemand hatte von der Ausarbeitung eines Projektes Kenntnis und niemand konnte sich wirklich in das Projekt einbringen. In der beratenden Kommission wurde auf die *Apéri'Tour* verwiesen, wo die Einwohner ihre Ideen und Vorschläge einbringen konnten. Eine *Apéri'Tour* kann jedoch nicht mit einer Bürgerbeteiligung zur Ausarbeitung eines Projektes verglichen werden.

Im Gespräch mit den Leuten wurden viele gute Ideen vorgebracht. Einer dieser Punkte betrifft die Einfahrt zum Parkplatz, ein Gefahrenpunkt für die Kinder auf ihrem Schulweg. Die Einfahrt, die an die Schule angrenzt und auch von Autofahrern genutzt wird, um in die Rue Muller zu fahren, müsste unbedingt verlegt werden.

Die Rue Nic Martha sollte im Bereich des Kindergartens für den Durchgangsverkehr gesperrt werden, um die Sicherheit für die Schulkinder zu erhöhen. Da sich hier keine Garagen befinden, gibt es auch keinen direkten Grund, warum hier jemand mit dem Auto fahren müsste. Der vorhandene Platz könnte genutzt werden, um beispielsweise einen *Tiny Forest* anzulegen, was zur Verringerung der Bodenversiegelung beitragen würde.

Im Bereich des genannten Platzes befinden sich auch einige Geschäfte. *déi gréng* hätten den Gehweg verbreitert, was zu mehr Geselligkeit im Stadtteil beitragen und den Lokalen erlaubt hätte, ihre Terrassen zu vergrößern.

In der Rue Gangler ist vorgesehen, dass die Straße schnurgerade verlaufen soll. Wir schlagen vor, die Parkplätze abwechselnd rechts und links der Straße anzulegen, da eine Zick-Zack-Straßenführung den Verkehr abbremst. Die Rue Gangler liegt hinter der Rue Demy Schlechter, wo sich die Schule befindet. Eine solche Maßnahme würde zu mehr Sicherheit für die Kinder führen.

déi gréng haben zudem die Installation einer Fahrradbox auf der Place Jeanne d'Arc vorgeschlagen. Bei der Ausarbeitung des Projektes wurde die Chance verpasst, die sanfte Mobilität zu unterstützen.

Das Lehrpersonal hat uns mitgeteilt, dass es ein Problem darstellen würde, wenn der Platz während der Bauarbeiten nicht zugänglich wäre, da die Lehrer ihr Auto in der Schulzeit dort fünf Stunden parken können. Auf den Parkplätzen am Straßenrand sind es nur drei Stunden, bevor das nächste Parkticket gelöst werden muss. Wie Sie feststellen können, ist es durchaus wichtig, Gespräche mit dem Lehrpersonal zu führen, auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Es ist wichtig, dass wir gutes Lehrpersonal haben und es nicht in eine andere Gemeinde wechselt.

déi gréng können das vorliegende Projekt so nicht mittragen. Wir bitten den Schöffenrat, das Projekt zurückzuziehen, es sorgfältig zu überarbeiten und die für das Projekt vorgesehenen 4,5 Millionen Euro gut zu nutzen. Es sei daran erinnert, dass auch am Projekt zur Neugestaltung der Rue Gellé noch Änderungen vorgenommen wurden, auch wenn das Ergebnis letztendlich nicht wirklich befriedigend ist.

Rat Bob BIVER (CSV): Das Projekt wurde in der technischen Kommission vorgestellt und besprochen. Es wurde mit 9 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 4 Gegenstimmen positiv begutachtet.

An der von Rat Back erwähnten *Apéri'Tour* haben sehr viele Bürger teilgenommen. Alle konnten ihre Anliegen, Ideen und Vorschläge vorbringen.

Die Parkplätze auf der Place Jeanne d'Arc wurden entsiegelt. Dieser Parkplatz wird weiterhin gebraucht, auch wegen des Fußballplatzes in der Nähe.

In der technischen Kommission wurde uns von den Dienststellen erklärt, dass eine Zick-Zack-Straßenführung in der Rue Gangler die Übersichtlichkeit verschlechtern würde und daher für die Kinder gefährlicher wäre als eine gerade Straßenführung.

Die Forderung nach der Einrichtung einer Fahrradbox an der Place Jeanne d'Arc wurde anlässlich der *Apéri'Tour* nicht erhoben. Die Einrichtung einer Fahrradbox ist daher nicht vorgesehen.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Den Großteil der von Rat Back angeführten Kritiken und Forderungen können wir teilen. Viele der angeführten Kritiken wären überflüssig, wenn der Schöffenrat die Bürger im Rahmen einer Bürgerbeteiligung in die Ausarbeitung des Projektes einbezogen hätte. Ich habe den Eindruck, dass wir uns nicht darüber einig sind, was Bürgerbeteiligung sein sollte. Diesen Eindruck hatte ich bereits, als während der Diskussion über die Probleme im Bahnhofsviertel beim Vorschlag, den Posten eines „coordinateur de quartier“ zu schaffen, die Antwort kam, dass man bereits eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet habe. Die Initiative der *Apéri'Tours* ist zu begrüßen, doch unter einer Bürgerbeteiligung stellen wir uns etwas Anderes vor. Eine Bürgerbeteiligung braucht eine gute Vorbereitung. Die Bürger erhalten eine Einladung. Es können Workshops stattfinden. Ich kann mich der Argumentation des Schöffenrates nicht anschließen, dass die *Apéri'Tours* oder die Einrichtung einer WhatsApp-Gruppe eine Bürgerbeteiligung darstellen. Eine Bürgerbeteiligung verpflichtet den Schöffenrat nicht dazu, allen vorgebrachten Vorschlägen Rechnung zu tragen. Auf keinen Fall sollte man so tun, als ob man mit Alibi-Veranstaltungen eine Bürgerbeteiligung durchführen würde. Aus den genannten Gründen werden *deí Lénk* das vorliegende Projekt nicht mittragen.

Schöffin Simone BEISSEL: Das vorliegende Infrastrukturprojekt betrifft die Rue Nic Martha, die Rue Gangler und die Place Jeanne d'Arc. Auf Wunsch vieler Bürger sowie des Schulpersonals hat der Schöffenrat beschlossen, so viele Parkplätze wie möglich an der Place Jeanne d'Arc zu schaffen. Im Umfeld dieses Platzes finden viele Aktivitäten statt und viele Häuser verfügen nicht über eine Garage. Bei der Ausarbeitung zur Neugestaltung einer Straße werden interne und auch externe Akteure (z.B. Creos) kontaktiert und es wird nach ihren Anliegen und Bedürfnissen gefragt, die in das Projekt einfließen sollen. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bäumen werden 18 neue Bäume angepflanzt.

Seit Jahren nehme ich an Bürgerversammlungen teil. Die Stadt Luxemburg hat sich die Richtlinie gegeben, dass in Straßen, in denen weniger als 100 Einwohner von Straßen- und Infrastrukturarbeiten betroffen sein werden, Flyer an alle Haushalte verteilt an der Place Jeanne d'Arc zu schaffen. Im Umfeld dieses Platzes finden viele Aktivitäten statt und viele Häuser verfügen nicht über eine Garage. Bei der Ausarbeitung zur Neugestaltung einer Straße werden interne und auch externe Akteure (z.B. Creos) kontaktiert und es wird nach ihren Anliegen und Bedürfnissen gefragt, die in das Projekt einfließen sollen. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bäumen werden 18 neue Bäume angepflanzt.

Im vorliegenden Fall hat eine *Apéri'Tour* stattgefunden, der eine große Informationskampagne vorausgegangen ist. Rund 250 Einwohner haben an der *Apéri'Tour* teilgenommen. Dabei wurde nicht nur das vorliegende Projekt angesprochen, sondern alle Projekte, die das Stadtviertel betreffen. Alle Dienststellen der Stadt Luxemburg waren vertreten. Die Einwohner haben auf jede Frage, die sie gestellt haben, eine Antwort erhalten. Die Einwohner konnten ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge sowohl mündlich als auch schriftlich einbringen. Fragen, die nicht vor Ort beantwortet werden konnten, wurden von den Dienststellen registriert und werden bearbeitet. Am Wochenende hat ein *Ideation-Lab* stattgefunden und auch

dort konnten die Bürger wieder ihre Anliegen und Vorschläge vorbringen. Den Vorwurf, dass es an Kommunikation mangle, muss ich daher entschlossen zurückweisen.

Der Bericht der beratenden Kommission ist ausführlich. *deí gréng* waren von Anfang prinzipiell nicht mit der Zielsetzung des Projektes einverstanden. Im Verlauf der in der Kommission geführten Diskussion wurden 14 Fragen gestellt und 10 Vorschläge vorgebracht, wobei die meisten Fragen von *deí gréng* kamen. Alle Fragen wurden beantwortet. Es wurde begründet, warum es nicht wünschenswert ist, in der Rue Gangler Verkehrsschikanen einzurichten. Die verschiedenen Punkte wurden im Rahmen der Ausarbeitung des Projektes minutiös auf ihre Machbarkeit geprüft.

Rat Wagner, der längere Zeit nicht mehr dem Gemeinderat angehörte, kann ich versichern, dass wir alles tun, um eine optimale Kommunikations- und Informationspolitik zu führen. Da ich regelmäßig an den Bürgerversammlungen teilnehme, weiß ich, wie gewissenhaft unsere Dienststellen arbeiten und die Fragen der Bürger und auch die Fragen in der Kommission beantworten. Mit Beginn der Bauarbeiten werden weitere Informationsversammlungen folgen. Es finden Bestandsaufnahmen statt. Andere Gemeinden beneiden uns um unsere akribische Informationspolitik. Die Bürger werden eingebunden. Das Projekt ist im Interesse der Lebensqualität der Anwohner.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wenn es eine Gemeinde gibt, die Bürgerbeteiligung großschreibt und den Kontakt mit seinen Bürgern sucht, so ist es die Stadt Luxemburg. Über die *Apéri'Tours* hinaus fand am vergangenen Freitag, Samstag und Sonntag der *Ideation-Lab* statt. Diese Veranstaltung war gut organisiert. Die Bürger konnten sich vorab einschreiben, um Projekte für ihr Stadtviertel vorzuschlagen. Vertreter unserer Dienststellen waren anwesend, um Rede und Antwort zu stehen, um den Bürgern Erklärungen zu geben. Es wurden 21 Projektvorschläge vorgebracht, die wir zu einem großen Teil in unsere Planungen integrieren können. Ich weiß beim besten Willen nicht, wie man noch präziser und professioneller vorgehen könnte.

Das Projekt wird mit den Gegenstimmen der Vertreter von LSAP, déi gréng und déi Lénk gutgeheißen.

VIII. URBANISMUS

1) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans „Dernier Sol“

Der Stadt liegt ein Entwurf zur punktuellen Abänderung des Teilbebauungsplans „Dernier Sol“ vor, der sich auf Grundstücke im Bereich des Dernier Sol und der Route de Thionville bezieht. Der initiale Teilbebauungsplan wurde am 1. April 2019 vom Gemeinderat verabschiedet und am 13. Mai 2019 vom Innenministerium genehmigt. Die vorgeschlagene punktuelle Änderung betrifft vier Punkte:

- die Zusammenlegung der Lose 6 und 8;
- die Änderung der hinteren Baugrenze im Untergrund von Los 6;
- die Änderung von Artikel 2.11.3 betr. Balkone und Loggien;
- für Los 6: die Überarbeitung von Artikel 2.2 bezüglich der Bodennutzung und die Überarbeitung von Artikel 2.5.1 bezüglich der Stellplätze für Autos, um eine

Kindertagesstätte im Erdgeschoss des betreffenden Grundstücks errichten zu können.

Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 30 Tagen wurden keine Einwände erhoben. Das Innenministerium hat die Stadt Luxemburg davon in Kenntnis gesetzt, dass der Entwurf zur punktuellen Änderung des Teilbebauungsplans den Bestimmungen von Artikel 30bis des abgeänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Raumordnung und Stadtentwicklung entspricht.

Rätin Linda GAASCH (déi gréng): Es werden zwei Lose zusammengelegt, damit dort eine Kinderkrippe gebaut werden kann, womit wir selbstverständlich einverstanden sind. Wir stören uns allerdings etwas an den „dépose minute“-Parkplätzen. In der Kommission konnten wir keine genaueren Informationen zu deren Umsetzung erhalten. Es wurde uns erklärt, dass der Druck auf den öffentlichen Parkraum dadurch nicht ganz verhindert werden kann. Dies wirft die Frage auf, ob hier nicht ein falsches Signal gesendet wird. Wir appellieren daher an den Schöffenrat, dafür Sorge zu tragen, dass hier nicht mehr, sondern weniger Druck auf den öffentlichen Parkraum entsteht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: „Dépose minute“-Parkplätze im Bereich einer Kinderkrippe einzurichten, macht Sinn, handelt es sich doch um kleine Kinder, die morgens von ihren Eltern gebracht werden. Die Wetterverhältnisse erlauben es nicht, Säuglinge und Kleinkinder das ganze Jahr über mit dem Cargobike zu bringen. Wir werden dafür sorgen, dass die erwähnten Parkplätze vorschriftsgemäß angelegt werden.

Die Abänderung wird einstimmig gutgeheißen.

2) Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans bezüglich des Stade Prince Jean

Die Stadt beabsichtigt eine punktuelle Abänderung des grafischen Teils des Flächennutzungsplans (PAG) in Bezug auf das Gelände des Stade Prince Jean (64, Rue de Strassen). Die Änderung zielt darauf ab:

- einen Teil der „zone d'activités économiques communales type 1 [ECO-c1]“ in eine „zone de bâtiments et équipements publics [BEP]“ umzustufen;
- die „zone d'aménagement différencié [ZAD-SD: ME-09]“ zu verkleinern;
- die „zone de servitude 'urbanisation - coulée verte'“ entlang der neuen Grenze der geschaffenen Zone [BEP] zu verschieben;
- die Überlagerungen „Art.17“ und „Art.21“ auf dem Plan hinzufügen.

Der Masterplan bezüglich der ZAD ME-09 wird abgeändert, um der geplanten Abänderung Rechnung zu tragen. Diese Abänderung des PAG wird die Errichtung neuer Sportanlagen in diesem unbebauten Teil des Areals ermöglichen.

Eine Umwelterheblichkeitsprüfung (Phase 1) wurde durchgeführt und das Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung hat der Stadt mitgeteilt, dass eine weitere Analyse im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsberichts nicht erforderlich sei. In seiner Sitzung vom 25. März 2024 hat sich der Gemeinderat mit der genannten punktuellen Änderung am grafischen Teil des PAG einverstanden erklärt. Das Dossier wurde der „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums vorgelegt und die vorgeschlagene Änderung ab dem 15. Mai 2024 für 30 Tage im Gemeindehaus hinterlegt.

Eine Informationsveranstaltung mit der Bevölkerung wurde am 21. Mai 2024 abgehalten. Innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 30 Tagen sind keine Einwände gegen die oben genannte Änderung eingegangen. Die „Commission d'aménagement“ hat die Abänderung positiv begutachtet.

Die Abänderung wird einstimmig gutgeheißen.

3) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE bezüglich des Stade Prince Jean

Im Rahmen einer punktuellen Abänderung des grafischen Teils des Flächennutzungsplans in Bezug auf das Gelände Stade Prince Jean in Merl ist der grafische Teil des Teilbebauungsplans 'quartier existant' (QE) entsprechend anzupassen. Das Dossier wurde der „Cellule d'évaluation“ der „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums vorgelegt und die vorgeschlagene Änderung ab dem 15. Mai 2024 während 30 Tagen im Rathaus hinterlegt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen konnte. Das Dossier wurde auch auf der Internetseite der Stadt Luxemburg veröffentlicht. Es gab keine Einwände. Die „Cellule d'évaluation“ hat keine Anmerkungen abgegeben.

Die Abänderung wird einstimmig gutgeheißen.

4) Punktuelle Abänderung des Flächennutzungsplans bezüglich des Val des Bons Malades

Die Stadt beabsichtigt eine punktuelle Abänderung des grafischen Teils des Flächennutzungsplans in Bezug auf die Parzelle gelegen 13-15, Val des Bons Malades. Es wurde festgestellt, dass sich ein materieller Fehler in den grafischen Teil des geltenden Flächennutzungsplans eingeschlichen hatte: Die Einstufung der betroffenen Parzelle im ehemaligen PAG „Plan Joly“ war insofern nicht korrekt in den neuen Flächennutzungsplan übertragen worden als ein Teil des hinteren Bereichs der Parzelle als „zone forestière [FOR]“ anstatt als „zone d'habitation 1 [HAB-1]“ eingestuft worden war.

Das Planungsbüro *Oeko-Bureau* wurde mit der Durchführung einer Umwelterheblichkeitsprüfung (Phase 1) beauftragt. Das Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung hat die Stadt Luxemburg informiert, dass eine weitere Analyse im Rahmen eines Umweltverträglichkeitsberichts nicht erforderlich sei. In der Sitzung vom 25. März 2024 hat daraufhin der Gemeinderat die genannte punktuelle Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplanes gebilligt.

Das Dossier wurde der „Commission d'aménagement“ des Innenministeriums vorgelegt und die vorgeschlagene Änderung ab dem 15. Mai 2024 für 30 volle Tage im Gemeindehaus zur Einsicht hinterlegt sowie in elektronischer Form auf der Internetseite der Stadt Luxemburg veröffentlicht. Am 21. Mai 2024 hat eine Informationsversammlung für die Bevölkerung im Rathaus stattgefunden. Es wurden keine Einwände gegen die genannte Änderung am grafischen Teil des Flächennutzungsplanes eingereicht. Die „Commission d'aménagement“ hat ein positives Gutachten erstellt.

Die Abänderung wird einstimmig gutgeheißen.

5) Punktuelle Abänderung des Teilbebauungsplans QE bezüglich des Val des Bons-Malades

Im Rahmen einer punktuellen Abänderung des grafischen Teils des PAG in Bezug auf die Parzelle gelegen 13-15, Val des Bons-Malades muss der grafische Teil des Teilbebauungsplans 'quartier existant' entsprechend angepasst werden. Das Dossier wurde „Cellule d'évaluation“ vorgelegt und die vorgeschlagene Änderung 30 volle Tage lang im Rathaus hinterlegt, wo die Öffentlichkeit Einsicht nehmen konnte. Die Änderung wurde ebenfalls in elektronischer Form auf der Internetseite der Stadt Luxemburg veröffentlicht. Innerhalb der gesetzlichen Frist von 30 Tagen wurden keine Einwände eingereicht. Die „Cellule d'évaluation“ hat keine Bemerkungen abgegeben.

Die Abänderung wird einstimmig gutgeheißen.

6) Einstufung des Gebäudes Nr. 1, Rue d'Epernay als nationales Kulturerbe

Mit Schreiben vom 5. August 2024 hat der Kulturminister die Stadt Luxemburg gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Februar 2022 über das Kulturerbe von seiner Absicht,

das Gebäude Nr. 1, rue d'Epernay (Ecke rue d'Epernay / Rue du Fort Wedell) als nationales Kulturerbe einzustufen, informiert. Das Gebäude wurde um 1914 erbaut und zeichnet sich durch seine Jugendstil-Architektur aus. Das Äußere des Gebäudes ist gut erhalten, darunter auch die Steingutelemente an der Fassade. Das Haus zeugt von der Zeit der Entwicklung des Bahnhofsviertels zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In der Stellungnahme des „Institut national pour le patrimoine architectural“ (INPA) findet sich kein Hinweis auf die Erhaltung der Innenelemente des Gebäudes. Der Direktor der städtischen Museen unterstützt ebenfalls den Vorschlag zur Einstufung als nationales Denkmal und betont das seltene Vorkommen von Jugendstilgebäuden auf dem Stadtgebiet. Dem Gemeinderat wird vorgeschlagen, die Einstufung des Gebäudes als nationales Kulturerbe zu befürworten.

Der Vorschlag des Kulturministeriums wird einstimmig positiv begutachtet.

7) Neuordnung von Bauland

Folgende Anträge zur Neuordnung von Grundstücken werden einstimmig gutgeheißen:

- 112, Rue du Kiem und 93, Rue des Carrières: Aufteilung der Parzellen 4/5388 und 1/5580 zwecks Schaffung von zwei Bauplätzen, auf denen jeweils ein Neubau entstehen kann, sowie eines verbleibenden Loses;
- 38 und 40, rue Baudoin: Verschiebung der Katastergrenze zwischen den Parzellen 468/6444 und 468/6445;
- Rue de la Déportation: Aufteilung der Parzellen 534/8274 und 472/7815 zwecks Schaffung eines neuen Bauplatzes, auf dem ein Neubau entstehen kann; ein Los wird in den öffentlichen Bereich integriert; zwei Lose werden Gegenstand einer künftigen Parzellierung sein;
- Allée des Châtaigniers: Aufteilung der Parzellen 390/5437 und 391/6233 zur Schaffung von drei Bauplätzen.

IX. DEFINITIVE SCHULORGANISATION 2024/2025 DES KONSERVATORIUMS

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die vorliegenden Dokumente bestätigen einmal mehr den großen Erfolg, den das Konservatorium kennt. Wir alle freuen uns über diesen Erfolg, der allerdings auch mit neuen Herausforderungen verbunden ist.

Rätin Sylvia CAMARDA (DP): Das Konservatorium kennt in der Tat einen großen Erfolg. Namen wie Ileana Orofino, Anouk Wagener, Elsa Rauchs oder Francesco Schlimé zeugen von der Qualität des Unterrichts und es wundert demnach nicht, dass das Konservatorium einen derart großen Andrang kennt. Es liegt mir sehr am Herzen, dass die Stadt Luxemburg dem Konservatorium dabei hilft, Räumlichkeiten zu finden, die auch vom Konservatorium genutzt werden können, damit die lokalen Musikschulen sich weiterentwickeln können. Ich hoffe wirklich, dass das Problem der Warteliste in der nächsten Saison der Vergangenheit angehört. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Es freut mich zu lesen, dass ein „Surveillance“-System sowohl für die Sektion Tanz als auch für die Sektion „Formation musicale“ eingerichtet wurde, d.h. wenn ein Kurs ausfällt, eine Betreuung für die Schüler vorgesehen ist. Viele Lehrer haben neben ihrer Tätigkeit am Konservatorium eine Karriere als professionelle Künstler. Es ist wichtig, dass sie ihre Passion weiterhin leben können, denn dies motiviert auch die Schüler.

Das Michel-Rodange-Haus in Clausen wird zum künftigen Verwaltungssitz der lokalen Musikschulen. Letztere funktionieren gut, und es ist wichtig, dass noch mehr davon geschaffen werden. Dem Projekt zur Renovierung des Auditoriums, des Foyers und der Logen des Konservatoriums hat der Gemeinderat soeben zugestimmt. Der Betrieb des Konservatoriums wird während der Bauarbeiten weitergehen. Die Suche nach Ausweichmöglichkeiten läuft. Die Hoffnung auf einen Ausbau des Konservatoriums haben wir nicht verloren. Diese Projekte werden dazu beitragen, dass es dem Konservatorium noch besser geht, doch bis diese Projekte umgesetzt sein werden, braucht es noch Geduld.

Als Tänzerin lese ich selbstverständlich immer auch den Bericht der Tanzsektion, ist es mir doch wichtig, die Bedürfnisse der Lehrerschaft, die Tag für Tag im Einsatz ist, zu kennen. Aus dem Bericht der Tanzlehrer geht hervor, dass es in verschiedenen Tanzräumen entweder zu warm oder zu kalt ist. Am ersten kalten Tag, den wir jetzt hatten, haben wir bei einer Raumtemperatur von 17 Grad geprobt. Die Direktion des Konservatoriums zeigt großes Engagement. Am Tag darauf war das Problem mit der Heizung behoben und wir konnten wieder bei angenehmer Temperatur proben. Im Sommer ist es in den Tanzräumen manchmal zu warm. Ich bin zuversichtlich, dass Maßnahmen getroffen werden, damit die Schüler auch im Sommer bei angenehmen Raumtemperaturen tanzen können.

Die Examensergebnisse der Tanzsektion lassen sich sehen und die Nachfrage für Tanzkurse wird immer größer. Wir sollten analysieren, wie wir es ermöglichen könnten, dass auch Kinder und Jugendliche, die eine Schule mit einem anderen Ferienzeitplan besuchen, Kurse am Konservatorium belegen können. Die Examen der Tanzsektion werden dieses Jahr im *Grand Théâtre* stattfinden, was zu begrüßen ist. Ich hoffe, dass die Tanz- und Musiklehrer trotz der Bauarbeiten die Möglichkeit erhalten werden, mit ihren Schülern aufzutreten.

Den Unterlagen entnehmen wir, dass die Einschreibungen etwas chaotisch verlaufen sind – ein Problem, das es seit Jahren immer wieder gab. Selbstverständlich wird alles unternommen, um einen besseren Einschreibungsprozess zu ermöglichen, und ich hoffe, dass wir dieses Problem im

kommenden Jahr nicht mehr haben werden. Die Direktion gibt ihr Bestes und es wäre schön, wenn es auch mit dem System klappen würde.

Das Konservatorium ist in ständiger Entwicklung. Die Stadt Luxemburg spiegelt sich gewissermaßen als Miniatur im Konservatorium wider. In der Hauptstadt leben Menschen aus 167 Nationen, weshalb es wichtig ist, dass wir den verschiedenen Bedürfnissen entgegenkommen. Daher erneut mein Appell, alles zu versuchen, um freie Räumlichkeiten ausfindig zu machen und diese dem Konservatorium zur Verfügung zu stellen.

Rätin Claudie REYLAND (déi gréng): Vorweg möchte ich den Herrn Marc Meyers und Serge Bausch, Direktor bzw. beigeordneter Direktor des Konservatoriums, sowie all ihren Mitarbeitern für die Präsentation der definitiven Schulorganisation 2024/2025 des Konservatoriums danken und sie für die viele Arbeit, die hier geleistet wird, beglückwünschen.

Das Konservatorium ist Opfer seines Erfolges, platzt aus allen Nähten, und die Direktion und ihre Mitarbeiter geraten leider immer mehr außer Atem geraten und laufen den Problemen etwas hinterher. Ich will diese Aussage auf keinen Fall als Vorwurf verstanden wissen. Sie geben ihr Bestes.

Die Bevölkerung wächst und immer mehr Kinder und Jugendliche wollen Musik- oder Tanzkurse belegen. Der Ausbau des Konservatoriums wird daher dringend gebraucht. Es stehen immer noch 2.000 Personen auf der Warteliste. Das Projekt „Michel-Rodange-Haus“ schreitet voran und das Auditorium des Konservatoriums wird renoviert, doch dies dauert zu lang.

Die neue Gesetzgebung hat leider Auswirkungen auf die Einstellungsprozeduren für das Personal nach sich gezogen. Die Prozedur ist schwierig und schwerfällig. Die Zahl der freien Stellen hat aufgrund eines Generationswechsels in der Lehrerschaft zugenommen. Gleichzeitig sieht sich das Konservatorium einer hohen Nachfrage bei den Einschreibungen gegenüber. Bei der Einschreibungsprozedur ist es wegen der Software leider wieder zu Problemen gekommen. Hinzu kommt, dass alle Angaben an den Staat weitergeleitet werden müssen, ein zusätzlicher Aufwand für die Verwaltung, die zudem nicht voll besetzt war. Es ist bedauerlich, dass es immer noch Probleme mit der Software gibt und es für viele Eltern immer noch schwierig ist, ihre Kinder einzuschreiben.

Leider erlaubt das Gesetz das Statut des „remplaçant“ nicht für das Schuljahr 2024/2025, so dass, wenn ein Lehrer bzw. eine Lehrerin ausfällt, kein Ersatzpersonal eingesetzt werden kann. Für die Tanzkurse ist in einem solchen Fall zwar eine „surveillance“ vorgesehen, doch es gibt keine Ersatzlehrkraft, die den Kurs abhalten könnte.

Die verschiedenen Projekte, die anstehen und umgesetzt werden sollen, habe ich bereits angesprochen. Doch bis diese fertiggestellt sein werden, wird es noch lange dauern. Die bestehenden Probleme sind nicht neu: Das Konservatorium platzt aus allen Nähten und ist Opfer seines Erfolges. Können wir nicht kurzfristig proaktiver werden? Wo lassen sich noch Räumlichkeiten finden, die für Musik- und Tanzkurse genutzt werden können? Mit wem könnte das Konservatorium noch zusammenarbeiten, um zusätzliche Räume nutzen zu können? Kürzlich hat der Gemeinderat einem Projekt betr. ein altes Schulgebäude in der Avenue du X Septembre zugestimmt. Zusammen mit der Vereinigung *United Instruments of Lucilin* wird sich das Konservatorium die Räumlichkeiten des leerstehenden Gebäudes teilen. Kurse und Workshops werden hier gehalten. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Wir wünschen uns schnell weitere solche Projekte und appellieren daher an den Schöffenrat, proaktiv alle Möglichkeiten auszuloten und auf dem Stadtgebiet leerstehende Gebäude und Räumlichkeiten zu erfassen, wo Kurse des Konservatoriums stattfinden könnten. Wie sind die vielen Kulturzentren ausgelastet?

Besteht die Möglichkeit, dort Kurse des Konservatoriums zu halten? Ich wiederhole mich, wenn ich sage, dass mir alles nicht schnell genug vorangeht, was denn wohl auch auf meinen „Pippi-Langstrumpf-Charakterzug“ zurückzuführen ist.

Der Bau des Konservatoriums war damals (1981) für 1.700 Schülerinnen und Schüler konzipiert. Mittlerweile zählt das Konservatorium rund 3.000 Schüler, und rund 1.400 Schüler besuchen die lokalen Musikschulen. Dies alles wissen wir nicht erst seit gestern. Ich sitze seit 2017 im Gemeinderat der Stadt Luxemburg und die Situation verschlimmert sich Jahr um Jahr. Ohne die Unterstützung der auf dem „Geesseknäppchen“ angesiedelten Schulen, die dem Konservatorium 12 Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, wäre die Situation noch schlimmer. Die Klassen sind voll, Kurse werden bis 22 Uhr gehalten – eine Situation, die der Lebensqualität der Betroffenen nicht zuträglich ist. Wir haben erfahren, dass in nächster Zeit ein Umstrukturierungsprojekt vorgestellt werden soll. Dabei soll das Konservatorium einerseits eine Schule sein, mit dem Mutterhaus in Merl und dem Michel-Rodange-Haus als Sitz der lokalen Musikschulen, und andererseits als Kulturhaus für künstlerische Projekte und kulturelle Veranstaltungen verantwortlich sein. Im Rahmen dieser Umstrukturierung ist die Einrichtung einer beratenden Kommission des Konservatoriums vorgesehen, welche die ehemalige „Commission de surveillance“ ersetzen wird. Die Kommission wird den pädagogischen und den künstlerischen Bereich begleiten. Es wird eine Akademie für junge Talente entstehen, ein Wettbewerb „88 Golden Keys“ und das Pilotprojekt zusammen mit der Schule Gaston Thorn lanciert. An Projekten und Ideen fehlt es nicht. Ich möchte die Stadt Luxemburg bitten, Herrn Meyers und Herrn Bausch noch mehr unter die Arme zu greifen, denn auch wir würden uns einen Abbau der Wartelisten wünschen. Nichtsdestoweniger werden wir die vorliegende definitive Schulorganisation 2024/2025 des Konservatoriums gerne mittragen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Der von Rätin Reyland geäußerte Wunsch, Herrn Meyers und Herrn Bausch noch mehr zu unterstützen, trifft auf offene Ohren. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir der Direktion des Konservatoriums jemals etwas abgeschlagen hätten.

Es stimmt, dass alles viel zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Wir sind alle für die administrative Vereinfachung, doch leider müssen wir feststellen, dass die Realität nicht immer den Erwartungen entspricht. So war die Direktion z.B. bei der Einstellung von Ersatzpersonal mit einer unmöglichen Situation konfrontiert, und es ist dem großen Engagement der Direktion – insbesondere ihrer Intervention beim Bildungs- und beim Innenministerium – zu verdanken, dass wir in dieser Angelegenheit weitergekommen sind. Würde es nur an uns liegen, würden wir das viel einfacher regeln. Wenn Lehrer krankheitshalber abwesend sind, kann man die Kurse nicht einfach absagen, sondern es muss eine Aufsicht gewährleistet sein. Es hat viel Mühe gekostet, die für dieses Jahr vorliegende Lösung zu finden. Zudem stellt sich das Problem – und das gilt nicht nur für das Konservatorium –, dass wir für viele Stellen keine Personen finden, die sie besetzen können.

Selbstverständlich wollen auch wir, dass es schneller vorangeht und wir schneller bauen können. Jeder weiß um das Projekt, zusammen mit dem Lycée Gaston Thorn auf dem vorhandenen, noch nicht bebauten Grundstück, ein Gebäude zu errichten, dessen Räumlichkeiten während der Schulzeiten vom Lyzeum und nachmittags sowie an schulfreien Tagen vom Konservatorium genutzt werden könnten. Die Gespräche mit dem Ministerium waren gut angefallen. Es war angedacht, dass das Ministerium Bauträger wäre, während die Stadt Luxemburg das Grundstück zur Verfügung stellen und für einen noch festzulegenden Zeitraum Mieter sein würde. Doch dann wurden diese Diskussionen auf Eis gelegt, weil die Zuständigkeitsfrage – Bildungsministerium oder Ministerium für öffentliche Arbeiten – nicht geklärt war,

so dass die Diskussionen während fast zwölf Monaten ins Stocken gerieten. Mittlerweile sind sie wieder angelaufen, mit der umgekehrten Prämisse, dass die Stadt Luxemburg, als Eigentümerin des Grundstücks, Bauträger und der Staat Mieter wäre. Wir alle kennen die langwierigen Prozeduren und wissen, dass es lange dauert, bis Pläne spruchreif sind und öffentliche Ausschreibungen erfolgen können. Dies alles kann nicht von heute auf morgen erfolgen. In der Zwischenzeit muss man versuchen, bestehende Räumlichkeiten zu finden, die nicht voll ausgelastet sind und für die Bedürfnisse des Konservatoriums genutzt werden können. In den Kulturzentren befinden sich geeignete Räumlichkeiten, die jedoch bereits von den lokalen Vereinigungen belegt sind. Größere Säle gibt es nicht sehr viele. Im Kulturzentrum Hollerich gibt es einen größeren Saal. Selbstverständlich werden wir prüfen, ob es hier bei der Auslastung des Raumes noch Zeitfenster gibt, die dem Konservatorium zur Verfügung gestellt werden könnten, doch auch hier gilt, dass die Auslastung bereits hoch ist. Die Klassenräume in den Schulen sind belegt. Hinzu kommt, dass die Klassensäle heute anders als früher aussehen, anders gestaltet sind (mit Spielecken, usw.), wodurch sich nicht jeder Klassensaal eignet, um an den schulfreien Nachmittagen für andere Zwecke genutzt zu werden. Wir werden prüfen, wo noch Räumlichkeiten genutzt werden können und dies dann bestmöglich organisieren.

Es war vom großen Erfolg der Musikschulen die Rede. Wir sollten uns auch bewusst sein, dass es für verschiedene Schüler der Musikschulen beim „éveil à la musique“ bleiben wird, während die Musik für andere Schüler zur Passion wird. Letztere hoffen alle, sich am Konservatorium einschreiben zu können. Je mehr Schüler wir in den Musikschulen haben - und selbstverständlich wollen auch wir, dass viele Kinder das Angebot nutzen -, desto mehr müssen wir uns auch bewusst sein, dass ein Drittel oder die Hälfte dieser Schüler potenzielle Anwärter auf einen Kursusplatz am Konservatorium sind. Wegen der steigenden Nachfrage wurde das Konservatorium bereits ausgebaut. Die Direktion hat das Konservatorium so auf Vordermann gebracht, dass die Schule einen enormen Erfolg kennt. Die Stadt Luxemburg unterstützt den Vorschlag der Direktion, ein Splitting in der Verwaltung vorzunehmen: einerseits den Bereich der Schule für Musik, Tanz und „arts de la parole“, andererseits den Bereich für künstlerische Projekte und kulturelle Veranstaltungen.

Der Anteil der Schüler des Konservatoriums, die auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg wohnen, liegt derzeit bei 62,5 Prozent. Jeder kann diese Zahl interpretieren, wie er will, aber die derzeitige Situation erklärt sich dadurch, dass die Nachbargemeinden nun größere Anstrengungen in diesem Bereich unternehmen. Jene Schüler, die Musik zu ihrem Beruf machen wollen oder für die Musik eine Leidenschaft ist, werden nach wie vor einen Kursusplatz am Konservatorium haben wollen, eine Entwicklung, die wir begrüßen, und die wir in Bezug auf die dafür notwendigen Infrastrukturen bestmöglich unterstützen werden.

Auch mit dem besten Computer ist man nicht vor auftretenden Problemen gefeit. Nicht alle Eltern wollen oder können ihre Kinder online einschreiben. Für das Schuljahr 2024/2025 sind 8.000 Einschreibungsanfragen von 5.500 verschiedenen Personen beim Konservatorium eingegangen. Wenn davon nur 10 oder 15 Prozent nicht mit dem online-Einschreibungssystem zurechtkommen, so gibt es viel zu tun, um diesen Eltern behilflich zu sein, denn Kinder sollen nicht darunter leiden, wenn ihre Eltern vielleicht keinen Zugang zu einem Top-PC-Programm haben. Wir sollten uns freuen über das, was gut klappt. Das Konservatorium ist eine Super-Schule, die ein wenig Opfer ihres Erfolges ist, doch Herr Meyers und Herr Bausch, die unserer Diskussion beiwohnen, wissen, dass sie auf die volle Unterstützung des Gemeinderates zählen können. Wir werden alles tun, damit 2024/2025 eine Reihe von Dingen auf den Weg gebracht werden können. Die Arbeiten

am Michel-Rodange-Haus sollen im September 2025 beginnen und werden voraussichtlich zwei Jahren dauern. Als bauliches Schmuckstück im Stadtteil Clausen wird das Gebäude zum Sitz der Verwaltung der Musikschulen.

Die definitive Schulorganisation 2024/2025 des Konservatoriums wird einstimmig gutgeheißen.

X. AUSSERORDENTLICHE SUBSIDIEN

Rätin Anne KAIFFER (DP): Ich bitte den Schöffenrat, die Subsidien zum 50-jährigen Bestehen der Vereinigung „Vie naissante“ heute nicht zur Abstimmung zu stellen, damit die zuständige beratende Kommission sich erneut mit diesem Punkt befassen kann. Es geht um die Position der Vereinigung gegenüber Abtreibungen, eine Information, die der Kommission nicht vorlag.

Mit der Gegenstimme von Rat Tom Weidig (ADR) erklärt sich der Gemeinderat damit einverstanden, dass der Subsidiantrag der Vereinigung „Vie naissante“ erneut in der Kommission behandelt wird.

Folgenden Vereinigungen werden einstimmig außerordentliche Subsidien gewährt:

L'Académie de Billard de Luxembourg (ABL) Erwerb von audiovisuellem Lehrmaterial, um die Carambol-Billardpraxis im Rahmen der Aktivität „Sports pour tous“ zu trainieren	1.744 €
Le Tennis Club Spora Installation eines WCs für Personen mit eingeschränkter Mobilität	9.885 €
Racing Union Luxembourg Erwerb einer Betriebssoftware für die Anzeigetafel	5.322,10 €
Fédération du Sport Cycliste Luxembourgeois BMX Freestyle Flatland European Championships 2024	35.000 €
Sport a Fräizäit Zéisseng Cyclocross -Meisterschaft am 12. Januar 2025	7.500 €
Fédération Luxembourgeoise d'Athlétisme CMCM Indoor Meeting am 19. Januar 2025	75.000 €
Les Amis de l'Orgue Organisation von Orgelkonzerten (2024) in der Kathedrale	3.000 €
FC Voirie-Eaux Subsid für „club de sport corporatif“	1.500 €
Lampertsbierger Syndicat Subsid zum 50-jährigen Bestehen	2.200 €

Les Amis de l'Orgue Subsid zum 50-jährigen Bestehen	2.200 €
Neutrale Verband Gemeng Lëtzebuerg – NVGL Organisation von verschiedenen Veranstaltungen	1.000 €
Centre Culturel Tibétain Organisation von verschiedenen kulturellen Aktivitäten	1.000 €
Bluebird Music Organisation einer Reihe von Konzerten	5.500 €
Frënn vun der Festungsgeschicht Lëtzebuerg Jährlicher Kongress der „Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung“ im Museum „Dräi Eechelen“	2.200 €
Amicale des Anciens des Ecoles Primaires de Limpertsberg Subsid zum 50-jährigen Bestehen	2.200 €
Fédération Luxembourgeoise de Gymnastique Organisation des WAG & MAG Luxembourg Open	3.584,80 €
Association luxembourgeoise des médecins en voie de spécialisation – ALMEVS Organisation der Konferenz „Forum de la Grande Région 2025“	2.200 €
Entente des Sociétés de l'Ancienne Commune d'Eich Niederlegung von Blumenkränzen anlässlich des nationalen Gedenktags	240 €
Association CASA Anmietung eines Chalets für die Oktave 2024	1.755 €

XI. MOTION FÜR EINE WIRKSAME VERKEHRSBERUHIGUNG VOR DEN SCHULEN (ABSTIMMUNG)

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): Wir können die von *déi gréng* eingereichte Motion in ihrer jetzigen Fassung nicht mittragen, da wir der Ansicht sind, dass die Stadt Luxemburg in diesem Kontext bereits viel unternommen hat. Ich bitte den Schöfferrat um die Erlaubnis, im Namen der DP-CSV-Majorität eine neue Motion präsentieren zu können.

Rat François BENOY (déi gréng): Die Verkehrsberuhigung im Umfeld unserer Schulen und auf dem Schulweg ist ein wichtiges Thema, denn es geht um die Sicherheit der Kinder, die verletzlichsten Verkehrsteilnehmer. Im Rahmen der Diskussion zur Schulorganisation hatten wir eine entsprechende Motion eingereicht, damit für jede Schule geprüft werde, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation vorgenommen werden könnten. Wir leugnen nicht, dass bereits eine Reihe von Maßnahmen getroffen wurden, weisen jedoch darauf hin, dass es an den verschiedenen Standorten weitere

Maßnahmen braucht. In der Motion wird der Schöfferrat aufgefordert, eine entsprechende Analyse durchzuführen und dem Gemeinderat innerhalb der kommenden sechs Monate konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Umfeld unserer Schulen zu unterbreiten.

Die Verkehrsunsicherheit im Umfeld der Schulen ist Ausdruck einer verfehlten allgemeinen Mobilitäts- und Urbanismuspolitik. Der erhöhte Durchgangsverkehr stellt eine Gefahr für die Kinder dar. Es gibt auch Eltern, die keine andere Möglichkeit haben, als ihr Kind mit dem Auto zur Schule zu bringen.

Die Stadt Luxemburg hat in den vergangenen Jahren versäumt, die verschiedenen Straßen- und Infrastrukturarbeiten zu nutzen, um Verbesserungen herbeizuführen. Heute gab es wieder ein gutes Beispiel: Es wurde ein Projekt mit Kosten in Höhe von 4,5 Millionen Euro verabschiedet, bei dem die Stadt die Gelegenheit nicht genutzt hat, um den Durchgangsverkehr im Umfeld des Kindergartens in der Rue Nic Martha in Bonneweg durch eine Umgestaltung des Straßenraums zu reduzieren. Weitere Beispiele lassen sich anführen (Merl, Rue Gellé in Bonneweg, Cessingen, und auch im Rahmen des geplanten Projektes in Gasperich).

In der Motion weisen wir auf die vielen guten Initiativen, die im Ausland unternommen werden, hin. Ich möchte daran erinnern, dass die Stadt Paris zum Beispiel im Umfeld von mehr als 200 Schulen das Modell der „rue aux enfants“ eingeführt hat. Die Bemühungen der Stadt Paris in diese Richtung gehen weiter.

In der Motion wird der Schöfferrat aufgefordert, dem Gemeinderat innerhalb von sechs Monaten eine Liste mit konkreten Vorschlägen zur Verkehrsberuhigung vor Schulen zu unterbreiten. Wir schlagen vor, dass überall dort, wo im Umfeld von Schulen noch keine Tempo-30-Zonen eingerichtet wurden, dies erfolgen soll. Tempo-30-Zonen im Umfeld von Schulen sind das absolute Minimum. Damit eine solche Zone tatsächlich wirksam sein kann, muss der Durchgangsverkehr bekämpft werden. Es können zum Beispiel zeitweilige Fahrverbote und Einbahnstraßenregelungen eingeführt werden. Solche Maßnahmen hätten in der Rue Gellé und der Rue Nic Martha ergriffen werden können, und auch die Rue Batty Weber wäre dafür geeignet. Wo weiterhin Durchgangsverkehr besteht, wie z.B. in Merl, sollen zusätzliche Maßnahmen wie z.B. Straßenverengungen und Bodenschwellen getroffen werden, damit Tempo 30 eingehalten wird. Kontraproduktiv ist das Beispiel, das ich heute bereits angeführt habe: In der Avenue Gaston Diderich wurde in Höhe der Schule der ausbremsende Pflasterbelag durch einen glatten Makadam-Belag ersetzt. Die Gestaltung im Bereich von Fußgängerüberwegen sollte so sein, dass das Sichtfeld frei ist und Kinder nicht von vorbeifahrenden oder kurz anhaltenden Autos verdeckt werden.

Wir stellen auch immer wieder fest, dass Bürgersteige im Umfeld von Schulen nicht die nötige Breite haben. Hier sollten die Bürgersteige verbreitert werden, damit zwei oder drei Kinder dort bequem nebeneinander gehen oder mehrere Personen sich auf dem Gehweg kreuzen können.

In unserer Motion setzen wir uns auch dafür ein, dass die kommunalen Agenten dort eingesetzt werden, wo die Notwendigkeit hierfür besteht. Wir sind uns bewusst, dass nicht bei jeder Schule und an jeder Ecke ein *agent municipal* stehen kann, doch stellen wir auch fest, dass es Agenten gibt, die an Kreuzungen stehen, an denen ihre Präsenz nicht unbedingt erforderlich ist, da es dort eine Ampel mit Druckknopf gibt, oder dass Agenten sich beispielsweise nicht kümmern, wenn Bürgersteige von Autos zugestellt werden. Vieles bleibt noch zu tun.

Aus unserer Motion geht auch klar hervor, dass es die eine Lösung für alle Situationen nicht gibt. Manche Einrichtungen bzw. Reglementierungen, wie z.B. Tempo-30-Zonen, sollten

im Umfeld aller Schulen zu finden sein. Bei manchen Schulen kann der Durchgangsverkehr unterbunden werden, bei anderen ist dies nicht möglich. Doch überall können Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit getroffen werden.

Die Diskussion, die wir in der Mobilitäts- und in der Schulkommission geführt haben, war sehr interessant. Wir haben viele Informationen erhalten und es hat ein Austausch stattgefunden. Es wurde nicht gesagt, dass die in der Motion vorgebrachten Vorschläge nicht gut oder nicht umsetzbar seien, sondern, dass die bereits von der Stadt durchgeführten Maßnahmen nicht ausreichend gewürdigt würden. Nach der Kommissionssitzung habe ich deshalb einige Änderungen am Text vorgenommen. Der Wortlaut der Motion wurde dahingehend angepasst, als wir darauf hinweisen, dass auf verschiedenen Schulwegen noch Verbesserungsmaßnahmen notwendig sind. Auch haben wir den Satz, dass die an verschiedenen Standorten rezent vorgenommenen Umgestaltungen nicht ausreichend wären, gestrichen. Darüber hinaus sind Verweise auf verschiedene Projekte der Stadt – Pedibus und Kinderstadtteilrahmenpläne – in die Motion eingeflossen. Mehrfach habe ich Bereitschaft signalisiert, noch andere Textanpassungen bzw. Ergänzungen vorzunehmen, so beispielsweise in Bezug auf die Frist zum Vorlegen einer Liste mit Verbesserungsvorschlägen. Nach der Kommissionssitzung ist niemand mit Anpassungsvorschlägen an mich herangetreten.

Ich würde mich freuen, wenn der Gemeinderat die Motion in ihrer jetzigen Version mittragen würde, wissend, dass das Ziel darin besteht, die Verkehrssicherheit der Kinder im Umfeld von Schulen zu verbessern.

Nun muss ich feststellen, dass die Majorität eine neue Motion präsentiert und sie nicht den Mut hat, im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Textanpassungsvorschlägen an mich heranzutreten.

Ich schlage vor, dass die von der DP-CSV-Majorität eingereichte neue Motion, so wie dies immer gehandhabt wird, zur vertiefenden Diskussion an die beratende Kommission verwiesen wird, damit ich dort meinerseits meine Fragen und Änderungsvorschläge vorbringen kann.

Abgeänderte Motion der Fraktion *déi gréng*

« Le Conseil communal,

considérant

- que les enfants sont les usagers de la route les plus vulnérables,
- que malgré des améliorations, un nombre de trajets vers l'école et les alentours des écoles de la Ville de Luxembourg restent dangereux,
- que de nombreuses autres villes montrent comment réaliser un apaisement du trafic de qualité (p.ex. Paris, Vienne...),
- que le guide de l'apaisement de la circulation du ministère de la mobilité développe toutes les mesures nécessaires,

invite le Collège échevinal

- à proposer au courant des prochains 6 mois au conseil communal pour toute école fondamentale de la Ville de Luxembourg – soit de manière définitive, soit ponctuelle pour tester les mesures proposées:
 - une modification en zone 30,

- un apaisement du trafic efficace à savoir:
 - une piétonisation ou une réduction du volume de trafic motorisé, par des mesures telles que des filtres modaux, des sens uniques ou des interdictions de circulation temporaires (lors des débuts et éventuellement les fins des cours scolaires),
 - des mesures afin que la vitesse 30 soit réellement respectée, par des éléments qui obligent les conducteur.rices à dévier horizontalement (décrochage du gabarit, rétrécissements alternés...) ou verticalement (coussins berlinois, plateaux...),
- un aménagement aux alentours des passages piétons rendant l'arrêt et le stationnement impossible,
- des trottoirs ayant une largeur confortable, afin de garantir le passage de plusieurs personnes sans devoir dévier sur la chaussée,
- la présence d'agents municipaux, formés en la matière, aux passages dangereux lors des débuts et fins de cours scolaires,
- si cela s'avère nécessaire, des zones « Kiss and go » dans une rue adjacente;
 - à développer, respectivement relancer les initiatives de la Ville tels que le pédibus ou les *Kinderstadtteilrahmenpläne*;
 - à intensifier la discussion avec les écoles européennes et privées, les lycées et les autres écoles, ainsi que les instances étatiques afin d'y trouver à ces endroits aussi des solutions allant dans le sens des mesures proposées;
 - d'améliorer substantiellement la sensibilisation des parents;
 - de présenter ces propositions avant la décision à la commission scolaire et au conseil communal pour discussion. »

Rat Robert PHILIPPART (DP): Der Ansatz von Rat Benoy, den Verkehr im Umfeld der Schulen beruhigen zu wollen, ist hervorragend, doch handelt es sich um einen Ansatz, der weniger als ein halber Ansatz ist. Auf internationaler Ebene hat die Stadt Luxemburg Konventionen unterzeichnet, in denen sie sich verpflichtet, einen inklusiven öffentlichen Raum zu schaffen. Dies bezieht sich auf alle gefährdeten Personen (Personen mit eingeschränkter Mobilität, ältere Menschen...) und nicht nur auf Kinder und auch nicht nur auf das Umfeld von Schulen. Dies ist der Grund, weshalb wir eine ganzheitliche Motion einreichen wollen, eine Motion, die transversal vorgeht.

Nach der Diskussion in der Kommission wird in der von *déi gréng* eingereichten Motion nun erwähnt, dass bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen wurden. Die Aufzählung ist jedoch nicht vollständig. Die von der DP-CSV-Majorität eingereichte Motion will eine ganzheitliche und transversale Vorgehensweise in den Vordergrund stellen, die auch den staatlichen Regulierungsrahmen sowie alle Studien (Mobilitätsplan, „Guide de l'apaisement du trafic“, usw.) einbezieht, und nicht eine Motion, die nur dieses oder jenes erwähnt. Die Motion von *déi gréng* ist von ihrem Ansatz her sehr lobenswert, kann aber nur als punktuelle Arbeit angesehen werden. Daher werde ich mir erlauben, die Motion, die ich zusammen mit Rätin Costantini eingereicht habe, vorzutragen.

Motion der Fraktionen DP und CSV

« Motion pour un apaisement du trafic dans tous les quartiers avec une priorité d'apaisement autour des établissements scolaires

Le Conseil communal,

Considérant

- que les enfants, les personnes âgées et PMR sont les usagers de la route les plus vulnérables,
- que des améliorations permanentes sont régulièrement effectuées tant au niveau de l'apaisement du trafic qu'au niveau de l'aménagement de la voirie,
- que le guide de l'apaisement de la circulation, dans sa version actuelle, qui est celle du mois d'août 2023, contient toutes les mesures nécessaires,
- que les directives étatiques en vigueur ont été scrupuleusement respectées,
- que la sécurité des plus vulnérables constitue une priorité absolue,

invite le Collège échevinal

- à poursuivre les efforts entrepris dans le contexte de la reconfiguration de l'espace rue et à poursuivre toutes les mesures mises en œuvre pour l'apaisement de la circulation,
- de mettre en œuvre toutes les mesures découlant du plan de mobilité de la Ville, fixant le cadre pour l'ensemble du territoire urbain,
- de soumettre au conseil communal, pour le premier semestre 2025, les propositions d'apaisement du trafic, conformément aux objectifs retenus dans la déclaration échevinale,
- de poursuivre les efforts entrepris dans le cadre des projets de réaménagement de la voirie,
- de soutenir davantage les écoles privées dans leurs démarches afin de délester les alentours de leurs établissements du trafic motorisé,
- de procéder, si les gabarits existants du domaine public le permettent, à l'élargissement des trottoirs dans le contexte de réaménagements ou de nouveaux aménagements et d'une amélioration d'éclairage, afin d'améliorer tant le confort que la sécurité des piétons,
- de présenter les conclusions et mesures concrètes du *Kinderstadtplan* (projet en cours), qui sollicite le concours aussi bien des élèves (+/- 1.200) que celui des parents, dès sa finalisation. »

Die Motion will ganzheitlich und transversal sein, und bezieht damit sämtliche von *déi gréng* geäußerten Sorgen mit ein. Ich könnte mir daher sehr gut vorstellen, dass *déi gréng* nicht gegen eine ganzheitliche Herangehensweise sein können.

Rat David WAGNER (*déi Lénk*): Die von der DP-CSV-Majorität eingereichte Motion wurde dem Gemeinderat soeben mündlich vorgestellt und liegt uns nun auch schriftlich vor. Rat Philippart hat wiederholt betont, dass die Motion von DP und CSV ganzheitlicher sei als die von *déi gréng* eingereichte Motion. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Motion von *déi gréng* nicht transversal oder nicht ganzheitlich ist. Ich denke

vielmehr, dass sie in ihren Ausführungen teilweise konkreter ist.

Die Motion von *déi gréng* wurde ausgiebig in den Kommissionen diskutiert, es wurden zusätzliche Erklärungen gegeben und es konnten Verbesserungen erreicht werden. In meinen Augen ist die DP-CSV-Motion schwammiger in ihren Aussagen. Qualitativ betrachtet, halte ich die Motion von *déi gréng* für seriöser. Die von DP und CSV vorgestellte Motion sollte wie üblich in einer nächsten Kommissionssitzung besprochen werden.

Rat Gabriel BOISANTE (*LSAP*): Ich habe den Ausführungen von Rat Philippart sehr genau zugehört. Ich habe den Eindruck, dass die von DP und CSV eingereichte Motion hastig in letzter Minute verfasst wurde.

In der Sache sind wir uns einig: Wir alle wollen mehr Sicherheit im Verkehr, wollen Verkehrssicherheit und Mobilität für unsere Kinder, für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, für die Eltern, für ältere Menschen, für alle Fußgänger in der Stadt Luxemburg. Die DP-CSV-Motion will mehr Verkehrssicherheit, will eine holistische Herangehensweise. Die Motionen von *déi gréng* und DP/CSV sind in meinen Augen komplementär. Warum dann streiten? Oder beansprucht die Mehrheit die Urheberschaft für die Sicherheit im öffentlichen Raum? Haben wir es hier nicht mit politischen Spielchen zu tun? Wir würden uns wünschen, dass die Majorität ehrlich mit sich selbst ist und beide Motionen in einer beratenden Kommission besprochen werden, mit dem Ziel, etwas gemeinsam zu erreichen.

Schöffe Patrick GOLDSCHMIDT: Über die Äußerungen von Rat Boisante kann ich nur staunen. Die vorliegende DP-CSV-Motion ist auf der Grundlage des Kommissionsberichtes, der die in der Kommissionssitzung vom 9. Oktober 2024 geführten Diskussionen wiedergibt, zustande gekommen. In der Mobilitätskommission vom 9. Oktober sind die in der Motion von *déi gréng* angeführten Punkte einzeln besprochen worden und unsere Dienststellen haben Erklärungen gegeben. Sie haben dargelegt, in welche Richtung ihre Arbeit geht und welche Maßnahmen noch getroffen werden. Wäre die von *déi gréng* eingereichte Motion in der Kommission zur Abstimmung gestellt worden, wäre das Gutachten negativ ausgefallen. Um dies zu verhindern, hat Rat Benoy auf eine Abstimmung verzichtet und hat alsdann verschiedene Textänderungen vorgenommen. Die DP-CSV-Majorität hat sich mit diesen Änderungen befasst, konnte sich jedoch nicht damit anfreunden, weshalb auf der Grundlage aller Informationen, welche die Kommissionsmitglieder erhalten haben, eine neue Motion ausgearbeitet wurde. Diese neue Motion ist inhaltlich weiter gefasst als die Motion von *déi gréng* und betrifft nicht nur die Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen.

In den vergangenen Jahren wurde ein Mobilitätsplan erstellt, in dem die Maßnahmen enthalten sind, die wir in den kommenden Jahren umsetzen wollen. Ein Kinderstadtplan wurde erstellt. In der Schöffenratserklärung haben wir uns für eine Verkehrsberuhigung in den Stadtteilen ausgesprochen. Sobald wir all diese Punkte bis ins letzte Detail im Schöffenrat besprochen haben, werden sie in einer beratenden Kommission vorgestellt und besprochen.

Die DP-CSV-Motion greift auch Punkte aus der Motion von *déi gréng* auf, ist in ihrem Wortlaut jedoch nicht negativ. In der Motion von *déi gréng* wird darauf hingewiesen, dass viele andere Städte, darunter Paris und Wien, zeigen, wie man eine Verkehrsberuhigung erreicht. In den vergangenen Monaten war ich sowohl in Paris als auch in Wien. In Paris gibt es in der Tat viele Standorte im Umfeld von Schulen, die für den motorisierten Verkehr gesperrt wurden. Im Gegensatz zu Paris liegen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg viele Schulen an Nationalstraßen. In Wien habe ich interessante

Beispiele gesehen, wie man Straßen anders gestalten kann, und habe diese Anregungen an unsere zuständige Dienststelle weitergeleitet.

Die neuen nationalen Richtlinien für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung stammen von August 2023. Die vor August 2023 geltenden nationalen Richtlinien wurden stets von unseren Dienststellen respektiert. Es verhält sich auch nicht so, als ob es extrem gefährlich wäre, auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg zu Fuß unterwegs zu sein. In der Kommission wurde erklärt, dass überall dort, wo die Gegebenheiten es erlauben, Bürgersteige verbreitert werden sollen.

Ich schlage dem Gemeinderat vor, die Motion von *déi gréng* zu verwerfen und die von der DP-CSV-Majorität eingereichte Motion zu unterstützen.

Rat François BENOY (*déi gréng*): Sollte die von der Majorität eingereichte Motion entgegen der Gepflogenheiten heute zur Abstimmung gestellt werden, ohne dass die beratende Kommission vorher damit befasst wurde, möchte ich dazu Stellung beziehen. Ich stelle fest, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Im Mittelpunkt der Diskussion steht und sollte das Thema Verkehrssicherheit stehen. Das Thema der Motion von *déi gréng* ist in der Kommission ausführlich besprochen worden. Alle in der Motion angeführten Punkte wurden einzeln besprochen. Unsere Dienststellen haben Erklärungen und zusätzliche Informationen gegeben. Infolge der in der Kommission geführten Diskussionen haben *déi gréng* verschiedene Änderungen an ihrer Motion vorgenommen. Die von der DP-CSV-Majorität ausgearbeitete Motion will ganzheitlicher sein. Thema ist nach wie vor die Verkehrssicherheit.

Rat François BENOY (*déi gréng*): Mir scheint, dass verschiedene Redner die Motion von *déi gréng* nicht richtig gelesen haben. Thema unserer Motion ist die Verkehrsberuhigung im Umfeld von Schulen und auf dem Schulweg. Sicherlich kann man anmerken, dass in der Motion nicht auch von Personen mit eingeschränkter Mobilität oder älteren Menschen die Rede ist. Die Verkehrsberuhigung auch für diese Personen zu gewährleisten, ist gewiss ein wichtiges Thema, doch in unserer Motion befassen wir uns gezielt mit dem Thema der Verkehrsberuhigung im Umfeld von Schulen. Ich finde es demnach komisch, dass uns dies zum Vorwurf gemacht wird und uns vorgeworfen wird, wir würden das Thema Mobilität nicht allgemein angehen. *déi gréng* werfen immer wieder Fragen allgemeiner Natur zur Mobilität auf. Unsere Motion fordert auch nicht, dass die Straßen im Umfeld von allen Schulen für den Verkehr gesperrt werden sollen. Unsere Motion macht verschiedene Vorschläge, wie sich eine Verkehrsberuhigung im Umfeld von Schulen erreichen ließe. In der Motion wird der Schöffenrat aufgerufen, überall im Umfeld von Schulen verkehrsberuhigende Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass jedoch überall die gleichen Maßnahmen getroffen werden müssen, und es wird darum gebeten, dem Gemeinderat die Vorschläge innerhalb von einigen Monaten zu unterbreiten, damit wir dann zusammen über diese Vorschläge diskutieren können. Im Interesse einer guten Zusammenarbeit habe ich bei drei Punkten, die in der Kommission kritisiert wurden, textliche Anpassungen vorgenommen und wiederholt habe ich gesagt, dass wir für Vorschläge und weitere Textanpassungen offen sind. Ich komme nicht umhin, meine Enttäuschung über das Verhalten der Kollegen von DP und CSV zum Ausdruck zu bringen, die nicht den Anstand und den Mut haben, zu mir zu kommen, damit wir zusammenarbeiten.

Im Unterschied zu der von der Majorität ausgearbeiteten Motion sind unsere Aussagen weitaus konkreter. Wir nennen die verschiedenen Möglichkeiten und bitten darum, dass uns innerhalb von sechs Monaten konkrete Vorschläge

unterbreitet werden. Die DP-CSV-Motion bleibt dagegen vage in ihren Aussagen. Im Großen und Ganzen kann ich diese Aussagen sogar mittragen, doch das bringt uns nicht weiter, weil keine konkreten Vorschläge gemacht werden. Aufgrund der Art und Weise, wie mit uns umgegangen wird, werden wir die DP-CSV-Motion nicht unterstützen können. Wir werden uns beim Votum enthalten. Von erwachsenen Politikern hätte ich ein anderes Vorgehen erwartet. Dass eine neue Motion angekündigt wurde, noch bevor ich auf die abgeänderte Motion von *déi gréng* eingehen konnte, finde ich sehr enttäuschend. Ich hätte mir seitens der Majorität mehr Größe erwartet. Man hätte bereits in der Kommission mit uns darüber sprechen können. Man hätte zumindest vergangene Woche oder spätestens unmittelbar vor der heutigen Sitzung auf uns zukommen können, um uns mit der DP-CSV-Motion zu konfrontieren – eine Vorgehensweise, die wir übrigens immer pflügen.

Schöffe Maurice BAUER: Die DP-CSV-Majorität hat sich sowohl mit der initialen Motion als auch mit der angepassten Motion von *déi gréng* befasst. Wir können mit der vorliegenden Motion nicht einverstanden sein. Den Vorwurf, wir seien unfair, möchte ich entschieden zurückweisen.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich werde nun beide Motionen zur Abstimmung stellen.

*Die von *déi gréng* eingereichte Motion (in ihrer abgeänderten Version) wird mit den Gegenstimmen der DP-CSV-Majorität sowie der ADR verworfen. Die Vertreter von *déi gréng*, LSAP und *déi Lénk* unterstützen die Motion.*

*Die von der DP-CSV-Majorität eingereichte Motion wird bei einer Gegenstimme (ADR) und bei Enthaltung der Vertreter von *déi gréng*, LSAP und *déi Lénk* gutgeheißen.*

XII. MOTION FÜR DIE UMSETZUNG DES PROJEKTES « FUTURE GENERATION » VON YOUTH AND WORK IN DER STADT LUXEMBURG (VORSTELLUNG)

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die vorliegende Motion wurde gemeinsam von Rätin Camarda (DP), Rätin Costantini (CSV) und Rat Back (*déi gréng*) ausgearbeitet. Rätin Camarda musste die Sitzung aus persönlichen Gründen kurz verlassen.

Rätin Emilie COSTANTINI (CSV): In der Motion wird die Umsetzung des Pilotprojektes *Future Generation* des Sozialunternehmens (Société d'impact sociétal – SIS) *Youth and Work* in der Stadt Luxemburg vorgeschlagen, dies in Zusammenarbeit mit dem *Service Jeunesse et Intervention sociale* der Stadt Luxemburg. Die Umsetzung des Projektes, das 15 Jugendliche als Zielgruppe hat und sechs Wochen dauern soll, soll Anfang 2025 beginnen.

Motion

« Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg

- considérant l'engagement de la SIS Youth&Work quant à l'accompagnement des jeunes en situation scolaire et sociale difficile ;
- considérant l'exemplaire collaboration de la Ville de Luxembourg avec la SIS Youth&Work au niveau de la politique en faveur de la jeunesse ;

- considérant la présentation du programme „Future Generation“ par Youth&Work lors de la réunion de la commission consultative de l'Enfance et de la Jeunesse de la Ville de Luxembourg en date du 19 mars 2024 ;

invite le Collège échevinal

- à réaliser une projet pilote „Future Generation“ en collaboration avec le Service Jeunesse et Intervention sociale“ de la Ville de Luxembourg au début de l'année 2025 pendant 6 semaines, avec un groupe d'environ 15 jeunes, et à en tirer un bilan ;
- à définir aussi bien la répartition des responsabilités que les personnes de contact du côté du Service Jeunesse et intervention sociale ;
- à proposer aux jeunes d'approfondir les résultats issus du projet de participation, le forum pour jeunes „Lëtzt' Discuss“ ;
- à présenter à l'issue, le moment venu, les résultats du projet aux membres de la commission consultative de l'Enfance et de la Jeunesse et aux membres du Conseil communal. »

Rat Nicolas BACK (déi gréng): Ich möchte kurz daran erinnern, dass ich vor einigen Wochen im Namen von *deï gréng* eine sehr ähnliche Motion eingereicht hatte. Meine Motion war etwas vager gehalten. Ich habe halt jene Mittel genutzt, die mir als Oppositionspolitiker zur Verfügung stehen. Es freut mich, dass die Motion Anklang gefunden hat, sich die Dinge konkretisiert haben und die Motion nun gemeinsam mit den Kollegen aus der Majorität vorgestellt wird.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich beim *Service Jeunesse* zu bedanken, der sich bereit erklärt hat, dieses Projekt umzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass auch andere Dienststellen mitmachen würden. In meiner Motion hatte ich daher vorgeschlagen, einen breiten Aufruf zu starten. Ich appelliere daher an den Schöffenrat, im Erfolgsfall dafür Sorge zu tragen, dass in den kommenden Jahren ähnliche Projekte zusammen mit anderen Dienststellen umgesetzt werden können. Ich bin davon überzeugt, dass bei einer Verwaltung mit mehr als 4.000 Mitarbeitern, mehr als eine Dienststelle die Zeit finden sollte, eine Gruppe von Jugendlichen während sechs Wochen zu begleiten.

Schöffe Paul GALLES: Ich danke Sylvia Camarda, Emilie Costantini und Nicolas Back für die gemeinsame Motion. Die Vereinigung *Youth and Work*, mit der die Stadt Luxemburg seit langen Jahren zusammenarbeitet, hat das Programm *Future Generation* in der Jugendkommission vorgestellt. Die Vereinigung leistet eine wichtige Arbeit: Es wird versucht, Jugendlichen Fertigkeiten mit auf den Weg zu geben, die sie benötigen, um in ihrem beruflichen Leben voranzukommen. Dabei werden verschiedene Wege eingeschlagen. Das Besondere am Projekt liegt darin, dass es sich um eine Gruppe von Jugendlichen handelt, die während einer vorab festgelegten Zeit (hier 6 Wochen) von einem Arbeitgeber begleitet werden.

In der zuerst von Rat Back eingereichten Motion wurde die Stadt Luxemburg aufgerufen, intern ein solches Projekt umzusetzen. Das erste Gutachten fiel negativ aus, da befürchtet wurde, dass die Umsetzung des Projekts – Begleitung der Jugendlichen, Feedback, Gespräche führen, usw. – einen zu

hohen Zeitaufwand bedeuten würde. Da wir das Projekt jedoch interessant fanden, haben wir beschlossen, ein Pilotprojekt beim *Service Jeunesse* umzusetzen. Zusammen mit der Vereinigung *Youth and Work* hat unsere Dienststelle während vieler Wochen an der Vorbereitung des Projektes gearbeitet. Die von Rat Back eingereichte Motion ist demnach

auf fruchtbaren Boden gefallen und wird nunmehr in einer gemeinsamen Motion unterstützt.

In der Jugendkommission haben wir nicht nur darüber diskutiert, ob wir das Projekt in weiteren Dienststellen implementieren könnten, sondern auch, ob man nicht noch andere Herangehensweisen als die von *Youth and Work* ins Auge fassen könnte. In der Kommission wurde das Projekt des Ateliers „Schläifmillen“ vorgestellt. In einer nächsten Sitzung der Jugendkommission werden wir über das Projekt „Vélo en Ville“ sprechen. Bei beiden Projekten handelt es sich um wegweisende Projekte der Stadt Luxemburg, die es uns erlauben, Jugendliche, die noch auf der Suche nach ihrem Beruf oder ihren beruflichen Fähigkeiten sind, Skills zu vermitteln, die sie benötigen, um sich beruflich weiterentwickeln zu können.

Die Motion wird einstimmig gutgeheißen.

XIII. FORSTBEWIRTSCHAFTUNGSPLAN FÜR DEN WALD DER ZIVILHOSPIZE

Der Beschluss der Verwaltungskommission der Zivilhospize der Stadt Luxemburg, den jährlichen Bewirtschaftungsplan für den Wald der Zivilhospize im Forstrevier Lorentzweiler für das Rechnungsjahr 2025 zu billigen, wird *einstimmig positiv begutachtet*.

XIV. SOZIALAMT: SCHAFFUNG EINES POSTENS

Der Beschluss des Verwaltungsrates des Sozialamts zur Schaffung eines „assistant social“-Postens wird *einstimmig positiv begutachtet*.

XV. GERICHTSANGELEGENHEITEN

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Fraktion *deï gréng* hat eine Motion zu dem in der vergangenen Woche ergangenen Gerichtsurteil in der Angelegenheit Stadt Luxemburg vs. ZUG eingereicht.

Rat François BENOY (déi gréng): Das Gerichtsurteil hat das Gutachten der „Commission d'accès aux documents“ in dieser Angelegenheit bestätigt. Die Kommission hatte betont, dass die Stadt Luxemburg Transparenz walten lassen müsse und es keinen Grund gebe, der Vereinigung ZUG die Dokumente bezüglich der Fußgängerüberwege nicht bereitzustellen. Die Fraktion *deï gréng* hat daraufhin eine Motion eingereicht, mit der Bitte, diese auf die Tagesordnung zu setzen. In dieser Motion wird der Schöffenrat aufgefordert, das ergangene Urteil anzunehmen und auf ein Berufungsverfahren zu verzichten, die verschiedenen Dokumente zur öffentlichen Einsicht freizugeben und der Vereinigung ZUG die nötige Zeit einzuräumen, um die betreffende Datenbank einzusehen.

Eigentlich waren wir davon ausgegangen, dass Sie sich mit der Entscheidung, Berufung einzulegen oder nicht, noch etwas Zeit lassen würden, um das ergangene Urteil in aller Ruhe zu analysieren. Wir hatten die Hoffnung, dass der Schöffenrat und die DP-CSV-Majorität langsam zur Besinnung kommen würden, sie die nötige Transparenz an den Tag legen

und ihren Bürgern die angefragten Dokumente zur Einsicht zur Verfügung stellen würden.

Die vor drei Jahren von der Initiative „Zentrum fir urban Gerechtegkeet“ (ZUG) durchgeführte Studie hatte ergeben, dass 475 Fußgängerübergänge auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg, also fast ein Drittel aller Zebrastreifen in der Hauptstadt, den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen würden. Die Stadt Luxemburg war da anderer Meinung, war jedoch nicht bereit, die Ergebnisse ihrer Analyse offenzulegen. Daraufhin hat sich die Initiative ZUG an die „Commission d'accès aux documents“ gewandt. Die Kommission hat die Ansicht von ZUG bestätigt. Das ergangene Gerichtsurteil bestätigt das Gutachten genannter Kommission.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um den Leuten von ZUG für ihr großes Engagement mit dem noblen Ziel, eine höhere Sicherheit für die Fußgänger zu erreichen, zu danken. Und damit wären wir dann wieder beim Thema der vorangegangenen Diskussion, wo die Majorität der Ansicht ist, dass in der Stadt Luxemburg bereits alles perfekt sei. Wir sind der Ansicht, dass noch viel zu tun bleibt, um die Sicherheit der Fußgänger, der Kinder und auch von Personen mit eingeschränkter Mobilität sowie von älteren Menschen zu verbessern. Die Majorität sollte endlich zur Besinnung kommen, das ergangene Urteil annehmen, nicht in Berufung gehen, Transparenz walten lassen und die Dokumente der von der Stadt durchgeführten Studie zur Einsicht offenlegen. Viel Zeit ist verstrichen und viele Steuergelder sind in die Finanzierung der Gerichtskosten geflossen. Stattdessen sollte die Stadt ihre Energie darauf verwenden, die Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger besser zu gewährleisten.

Nicht später als heute Nachmittag wurde den Gemeinderäten ein Schreiben der Initiative ZUG zugestellt. Der Schöffenrat hatte angekündigt, sich mit den Vertretern dieser Initiative an einen Tisch zu setzen. In dieser Angelegenheit reicht es nicht, sich zusammen an einen Tisch zu setzen und Gespräche zu führen. Die Stadt sollte transparent mit ihren Dokumenten umgehen – auch ganz allgemein –, diese zur Einsicht vorlegen und den Antragsteller ernstnehmen. Daher unser Appell, nicht in Berufung zu gehen und die genannten Dokumente der Öffentlichkeit zur Einsicht offen zu legen.

Motion über die Folgemaßnahmen zu den Dokumenten von ZUG über Fußgängerüberwege in der Stadt Luxemburg

« Motion concernant les suites à donner aux documents de ZUG sur les passages piétons de la Ville de Luxembourg »

Le Conseil communal de la Ville de Luxembourg,

considérant

- qu'en 2021, le groupe de citoyen.ne.s ZUG (*Zentrum fir urban Gerechtegkeet*) a analysé les passages piétons de la Ville de Luxembourg pour en conclure que 475 passages, soit 27% seraient dangereux et non conformes au code la route ;
- que le Collège échevinal ayant refusé la demande de ZUG de rendre publique cette analyse, malgré un avis favorable de la Commission d'accès aux documents en 2022, l'association ZUG a fait recours contre cette décision devant le tribunal administratif ;
- que dans son jugement du 11 novembre 2024, le tribunal administratif statue que la Ville de Luxembourg doit transmettre à l'association ZUG le document « Note relative aux dangers auxquels les piétons seraient supposément exposés d'après l'article publié dans le quotidien « Luxemburger Wort », daté du 10 novembre 2021, ainsi que le plan intitulé « Audit passages piétons 2021 – VdL vs ZUG – plan de situation » ;

- que par ailleurs, la Ville de Luxembourg doit permettre aux demandeurs de consulter la base de données géographiques de l'administration communale de la Ville de Luxembourg sur place, afin de pouvoir prendre connaissance des informations y enregistrées en relation avec « [...] les trottoirs, les marquages sur la route et les places de parking [...] » et ceci pour 8 heures, sauf accord contraire des parties ;

décide

- d'accepter le jugement du tribunal administratif et de ne pas introduire de recours contre le jugement ;
- de mettre à disposition au public tous les documents en question ;
- d'accorder à ZUG le temps nécessaire de consulter la base de données concernée. »

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich möchte klarstellen, dass wir heute keine Diskussion über die Sicherheit der Fußgängerüberwege führen, sondern, dass der Gemeinderat aufgerufen ist, zum Beschluss des Schöffenrates, gegen das ergangene Urteil Berufung einzulegen, Stellung zu beziehen. Hier und heute geht es. Wir haben nicht auf die Initiative ZUG gewartet, um unsere Straßen und Fußgängerüberwege so sicher wie nur möglich zu machen. *déi gréng* kennen unsere zuständige Dienststelle gut und wissen, dass diese sich tagein, tagaus dafür einsetzt. Die Stadt Luxemburg wird auch weiterhin daran arbeiten, nicht nur die Fußgängerüberwege, sondern auch unsere Straßen so sicher wie möglich zu machen.

In dieser Gerichtsangelegenheit geht es für die Stadt Luxemburg und auch für die Initiative ZUG um eine Frage des Prinzips. Es ist wichtig, dass Klarheit geschaffen wird. Am 28. April 2022 habe ich - mit Schöffe Patrick Goldschmidt - die ZUG-Vertreter im Rathaus empfangen. ZUG sprach von mehr als 400 Fußgängerüberwegen, die nicht konform zu den geltenden Standards seien. Unsere Dienststelle hat dies anders gesehen. Ich habe der Initiative ZUG angeboten, uns zusammen an einen Tisch zu setzen, die verschiedenen Punkte durchzugehen und ihnen zu erklären, warum die Analyse unserer Dienststelle anders als die von ZUG ausgefallen ist. Dieses Angebot hat ZUG abgelehnt, mit der Begründung, dass es für sie eine Frage des Prinzips sei, Einsicht in ein internes Dokument der Stadt Luxemburg zu erhalten. Bei dem Dokument handelt es sich um eine Mitteilung der zuständigen Dienststelle an den Schöffenrat. Im Gerichtsurteil wird explizit darauf hingewiesen, dass die Stadt der Initiative ZUG drei Termine für ein Treffen vorgeschlagen hatte, diese jedoch keinen dieser Termine angenommen hat.

Es gilt zu klären, was man genau unter einem internen Dokument versteht und wie weit die Vertraulichkeit der Beratungen des Schöffenrates reicht. In ihrer Argumentation beruft sich die Stadt Luxemburg auf das Rundschreiben des Innenministeriums an alle Gemeinden betr. die praktische Umsetzung des Gesetzes vom 14. September 2018 über eine transparente und offene Verwaltung. In der Abgeordnetenkammer haben die DP- und CSV-Abgeordneten dieses Gesetz gebilligt. Artikel 1 führt die vom Auskunftsrecht ausgeschlossenen Dokumente an, darunter „les documents relatifs à un secret ou une confidentialité, protégés par la loi“ (Punkt 6). Die Beratungen des Schöffenrates sind durch das Gesetz vom 14. September 2018 geschützt. Artikel 7 hält fest, dass der Antrag abgelehnt werden kann, wenn dieser sich auf interne Kommunikation bezieht (« La demande de communication peut être refusée si la demande concerne [...] des communications internes »). Nun geht es darum, zu klären, was genau unter einem internen Dokument zu verstehen ist. Wie weit geht die Vertraulichkeit von internen Beratungen? Aufgrund der Komplexität des Gesetzestextes hat Ministerin Taina Bofferding zurecht am 4. Dezember 2018 ein Rundschreiben

an alle Gemeinden gerichtet. Darin steht ganz klar : « Vu qu'il s'avère toutefois nécessaire de protéger certains intérêts publics ou privés fondamentaux, ce principe d'ouverture connaît des exceptions. Ainsi sont par exemple exclus du droit d'accès les documents relatifs à la sûreté publique, au droit de propriété intellectuelle ou au secret protégé par la loi. Tel est par exemple le cas des délibérations du collège échevinal qui se tiennent en application de la loi communale à huis clos. Ceci vaut également, le cas échéant, pour les documents et dossiers qui se rattachent aux délibérations du collège échevinal. » Der Text ist klar in seiner Aussage.

Der Schöffenrat wird intern mit den unterschiedlichsten Dokumenten befasst, wobei es durchaus normal ist, dass in den Dienststellen auch Meinungen auseinandergehen können. Sollte es soweit kommen, dass sämtliche Dokumente „sur première demande“ öffentlich ausgehändigt werden können, bin ich mir sicher, dass unsere Beamten in ihren Mitteilungen an den Schöffenrat nicht mehr viel schreiben werden.

Was die Sicherheit unserer Straßen und Fußgängerüberwege angeht, ist es selbstverständlich, dass wir in diesem Sinne arbeiten. In der Kommission haben wir im Dezember 2021 zu allen Punkten Stellung bezogen und Erklärungen gegeben. Hier geht es um eine Frage des Prinzips. Vor Gericht hat unser Anwalt betont, dass die Stadtverwaltung „le droit au brouillon“ haben sollte. Das Gericht seinerseits argumentiert, dass der Inhalt eines ministeriellen Rundschreibens an die Gemeinden sich dem Gericht nicht als Rechtsgrundlage aufdränge. In ihrem Vorgehen hat sich die Stadt Luxemburg auf das Rundschreiben des Innenministeriums berufen. Im Raum stehen Prinzipienfragen, die unbedingt einer Klärung bedürfen, weshalb es unsere Pflicht ist Berufung einzulegen, damit Klarheit geschaffen wird. Wie soll eine Verwaltung funktionieren können, wenn alles, was unsere Beamten irgendwann schreiben, auf Anfrage von außen umgehend veröffentlicht werden kann?

Da wir Klarheit wollen, schlagen wir dem Gemeinderat vor, den Schöffenrat zu ermächtigen, in dieser Angelegenheit Berufung einzulegen.

Rat Gabriel BOISANTE (LSAP): Vielen Dank für die ausführlichen Erklärungen. Für uns stellt sich zudem folgende Frage: Welches Bild gibt die Stadt Luxemburg von sich ab, wenn sie hingeht und sagt, dass sie aufgrund einer Frage des Prinzips verschiedene Dokumente nicht zur Einsicht aushändigen will? Es handelt sich um ein Dokument von drei Seiten. Das Dokument offenzulegen, wäre ein Signal für eine transparente Politik. Es steht außer Frage, dass die Anonymität von Beamten, die Integrität und verschiedene interne Prozesse gewahrt bleiben müssen. Sofern in dem genannten Dokument Namen angeführt sind, könnte das Dokument ohne Namen veröffentlicht werden. Ich teile die Meinung, dass es wichtig ist, die erwähnten Prinzipienfragen zu klären. Das Bild, das die Stadt Luxemburg von sich abgeben sollte, sollte das einer hundertprozentigen Transparenz sein.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Ich entnehme der Aussage von Rat Boisante, dass er unser Anliegen bezüglich der Frage des Prinzips verstanden hat. In ihrem Schreiben hatte die Initiative ZUG nicht nur Einsicht in das obengenannte Dokument gefordert, sondern darüber hinaus auch in die geografische Datenbank der Stadt Luxemburg. Dabei muss man wissen, dass diese Datenbank nicht nur Angaben darüber enthält, wo sich Fußgängerüberwege befinden, sondern auch viele andere Daten. In seinem Urteil hält das Gericht fest, dass Daten, die für die öffentliche Sicherheit relevant sind, nicht veröffentlicht werden können. Das ist wichtig, insbesondere um Anschläge, wie sie z.B. vor einigen Monaten auf das französische Eisenbahnnetz verübt wurden, zu vermeiden. Die Stadt Luxemburg hat nichts zu verbergen: Alle Mitglieder des Gemeinderates haben das Recht, die Diskussionen und Beschlüsse des Schöffenrates einzusehen, nicht jedoch Außenstehende. Dies sieht das Gesetz vor. Ich möchte darauf hinweisen, dass die

Ergebnisse von Studien, die von der Stadt Luxemburg durchgeführt werden, für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Ich verweise erneut auf die von mir angeführten Gesetzespassagen. Sie werden verstehen, dass ich heute nicht auf alle Argumente eingehen kann, die wir im Rahmen des Berufungsverfahrens vorbringen werden. Das Gericht hat argumentiert, dass die Stadt Luxemburg die Gründe, warum sie das Dokument nicht freigeben möchte, weiter hätte ausführen müssen. Würden wir dies tun, müssten wir die Namen der Personen nennen, die in der betreffenden Mitteilung der Dienststelle Stellung beziehen – und genau das wollen wir nicht, gilt es doch, die Interessen dieser Personen zu schützen. Wir wollen, dass unsere Beamten unbekümmert arbeiten können und niemand zu befürchten braucht, dass er von Außenstehenden verklagt werden kann, weil er dieses oder jenes in einer Mitteilung geschrieben hat.

Wir wollen Klarheit, weshalb wir dem Gemeinderat vorschlagen, den Schöffenrat zu ermächtigen, gegen das ergangene Urteil Berufung einzulegen.

Rat David WAGNER (déi Lénk): Die Gesetzgebung listet auf, was eine Gemeindeverwaltung veröffentlichen kann und was nicht. Aufgabe der „Commission d'accès aux documents“ ist es, den Grad der Vertraulichkeit sowie die Modalitäten der Einsichtnahme in ein Dokument festzulegen.

Nebenbei sei darauf hingewiesen, dass unsere Fraktion das genannte Gesetz aus dem Jahr 2018 nicht mitgetragen hat, weil wir es als zu restriktiv erachten.

Die Gesetzgebung kann vorsehen, dass Namen in einem Dokument, das veröffentlicht werden soll, geschwärzt werden. Es sollte demnach durchaus eine Möglichkeit geben, Dokumente ohne Namen herauszugeben.

In der vorliegenden Angelegenheit hat das Verwaltungsgericht der Initiative ZUG Recht gegeben und ich habe Zweifel daran, ob die Stadt Luxemburg gut daran tut, Einspruch einzulegen. Ich erinnere mich an eine Angelegenheit, wo Herr Clement eine Klage im Zusammenhang mit einer zwischen dem Staat und RTL abgeschlossenen Konvention eingereicht hatte. Herr Clement bekam unrecht vor dem Verwaltungsgericht, doch die *Cour constitutionnelle* gab ihm später recht.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Die Hoffnung stirbt also zuletzt.

Rat David WAGNER (déi Lénk): In der vorliegenden Angelegenheit haben wir es mit einer Überinterpretation seitens des Schöffenrates zu tun. Vielleicht könnten wir eine Kommissionssitzung „à huis clos“ einberufen, um eine vertiefende Diskussion zu führen. Auch über den Zugang der Mitglieder des Gemeinderates zu Dokumenten - wobei meiner Ansicht nach eine Grauzone besteht - sollte dabei gesprochen werden, bevor die Stadt in Berufung geht. Da ich der Ansicht bin, dass die Stadt Luxemburg diesen Prozess verlieren wird, werde ich den Vorschlag des Schöffenrates, Einspruch gegen das ergangene Urteil einzulegen, nicht mittragen.

Rat Tom WEIDIG (ADR): Ich finde, dass die von Bürgermeisterin mehrmals vorgetragene Argumente keinen Sinn ergeben. Selbstverständlich sollen Beratungen des Schöffenrates vertraulich sein. Doch dies steht hier nicht zur Debatte. Vielmehr geht es hier um eine Konsultierung der Datenbank und ich sehe kein Problem, dass man diese konsultieren können soll. Wir lesen, dass Experten der Dienststelle die Daten analysiert haben. Ich gehe davon aus, dass sie rational gearbeitet haben. Da es sich um eine Analyse handelt, stellt sich die Frage, warum diese nicht veröffentlicht werden sollte. Die Namen der Autoren der Analyse könnten bei einer Veröffentlichung geschwärzt werden. Weder die Daten noch der Bericht sind Teil der Beratungen des Schöffenrates.

Ich werde den Vorschlag des Schöffengerates, Berufung gegen das ergangene Urteil einzulegen, nicht mittragen und rate dem Schöffengerat, auf ein Berufungsverfahren zu verzichten.

Bürgermeisterin Lydie POLFER: Wir wollen Klarheit, weshalb wir dem Gemeinderat vorschlagen, den Schöffengerat zu ermächtigen, gegen das ergangene Urteil Berufung einzulegen. Die von *déi gréng* eingereichte Motion ist damit hinfällig.

Mit den Stimmen der Vertreter von DP und CSV ermächtigt der Gemeinderat den Schöffengerat, gegen das in der Angelegenheit Stadt Luxemburg/ZUG ergangene Urteil des Verwaltungsgerichts Berufung einzulegen. Die Vertreter von déi gréng, LSAP, déi Lénk und ADR haben dagegen gestimmt.

Der Gemeinderat ermächtigt den Schöffengerat, ein laufendes Gerichtsverfahren gegen die „Société nationale des chemins de fer luxembourgeois“ einzustellen.

XVI. SCHAFFUNG / STREICHUNG VON POSTEN

A) Schaffung von Posten

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Schaffung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen:

- Dienststelle „Architecte Maintenance“ (2 Posten)
- Dienststelle „Circulation“ (3 Posten)
- Dienststelle „Communication et Relations publiques“ (3 Posten)
- Dienststelle „Eaux“ (1 Posten)
- Dienststelle „Finances“ (1 Posten)
- Dienststelle „Les 2 Musées de la Ville“ (2 Posten)
- Dienststelle „Parcs“ (1 Posten).

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.

B) Streichung von Posten

Der Gemeinderat ist aufgerufen, der Streichung von Posten in folgenden Dienststellen zuzustimmen:

- Dienststelle „Architecte Maintenance“ (1 Posten)
- Dienststelle „Communication et Relations publiques“ (3 Posten)
- Dienststelle „Eaux“ (1 Posten)
- Dienststelle „Finances“ (2 Posten)
- Dienststelle „Les 2 Musées de la Ville“ (1 Posten)
- Dienststelle „Parcs“ (1 Posten).

Der Gemeinderat erteilt einstimmig seine Zustimmung.